

# Vorwärts

BERLINER



VOLKSBLATT

Wählt Liste 2  
Sozialdemokraten

DONNERSTAG  
3. November 1932

WERBE-  
NUMMER

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Schärfster Konflikt Bayern-Reich

Ministerpräsident Held gegen Papen und Gayl

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 2. November.

Nach seiner Rückkehr aus Stuttgart hat Ministerpräsident Dr. Held am Mittwoch die Presse zu sich gebeten, um die Öffentlichkeit über die sachlichen Zusammenhänge des Konflikts zwischen der Papen-Regierung und Bayern aufzuklären. Seine zum Teil sehr scharf formulierten Ausführungen ließen die Tiefe der Gegensätze erkennen, die für den Augenblick unüberbrückbar erscheinen.

\*

Zunächst verwahrte sich Dr. Held gegen die Darstellung der Papen-Presse, daß Bayern mit seinem Widerstand gegen die jetzigen Maßnahmen der Reichs- und Verfassungsreform überhaupt sabotieren wolle. Bayern bekämpfe nur eine solche Reform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte.

Die Reichsregierung müsse zunächst den Versuch machen, die Reform mit den dazu berufenen Organen, dem Reichstag und dem Reichsrat, in die Wege zu setzen.

Auch vom bayerischen Standpunkt aus lasse sich durchaus eine Lösung des Dualismus zwischen Reich und Preußen denken. Allerdings müßte

dabei die Grundforderung berücksichtigt werden, daß bei einer Verreichlichung Preußens oder bei einer Verpreußung des Reiches die anderen deutschen Länder aus ihrer durch die Verfassung garantierten Position nicht verdrängt und schließlich in ihrer Eigenstaatlichkeit abgelehrt werden. Mit aller Entschiedenheit müsse man sich gegen die Behauptung wehren, daß das, was jetzt geschehen sei, nur ein Provisorium darstelle. In Wirklichkeit sei es das Kernstück der Reichsreform. Denn man wolle die Zentralgewalt im ganzen Reich installieren und außerdem die Gemeinden reichsunmittelbar machen. Das beweise ganz eindeutig die Berufung des Herrn Papen. Das sei eine Reichsreform ganz zentralistischer Art und laufe auf eine Entmachtung des Länderwillens hinaus, gemacht von einem ganz kleinen Kreis von Leuten, deren Hintermänner man nicht einmal kenne.

Papen werde sich in diesem Stadium des Konflikts unter keinen Umständen ausschalten lassen. Ihm als bayerischen Ministerpräsidenten das Reden verbieten zu wollen, scheine ihm ein Blick aus dem Osten, die russische Krute zu sein.

Die automatische Folge dieser neuen Reichskonstruktion würde sein, daß alle Länder in eine

viel schwächere Position hineingedrängt werden und nicht mehr in der Lage wären, in den für sie unmittelbar lebenswichtigen Fragen mitzureden und mitzuentcheiden. Aus diesem Grunde lehne die bayerische Regierung jede Reichsreform mit dem Mittel des Staatsstreiks ab und bleibe unbedingt auf dem Standpunkt der Legalität und des Rechtes.

Mit größter Entrüstung geißelte Dr. Held die Methode der Papen und Gayl, die der bayerischen Regierung wiederholt gegebene Versprechungen nicht gehalten hätten. Diese Versprechen, sich vor jeder Inangriffnahme der Reichs- und Verfassungsreform mit den Ländern zu beraten oder mindestens sie zu verständigen, seien bis in die letzten Wochen hinein gemacht worden.

Als dann am Donnerstag der vorigen Woche der bayerischen Regierung zufällig von außen her Gerüchte über die unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen zugehen wurden, sei ihrem Gesandten in Berlin jede Auskunft verweigert worden. Das aller schlimmste aber sei gewesen, daß der Reichskanzler am Sonnabendmittag in der telephonischen Auseinandersetzung ihm unterstellt habe, mit dem Telegramm der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten sei eine Hilfsstellung der Regierung Braun bezweckt gewesen. Das sei eine verächtliche Kampfesweise, erklärte Dr. Held.

Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß die bayerische Regierung auch heute noch jederzeit bereit sei, über all die bereits getroffenen Maßnahmen, obwohl sie eine kaum reparable Degradierung der Länder bedeuteten, sich mit dem Reichskanzler zu unterhalten und die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen unter der einen Voraussetzung, daß das Recht nicht von der Gewalt gebeugt werde.

## Preußen gegen Reich

Beschluß der Staatsregierung

Die rechtmäßige preußische Staatsregierung teilt mit:

„In der heutigen Staatsministerialtagung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.“

Die preußische Staatsregierung wird nunmehr weitere Schritte ergreifen, um ihr Recht durchzusetzen.

## Lassalles Grab beschmutzt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 2. November.

Hakenkreuz-Schmierfinken haben in der Nacht zum Mittwoch das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof in der Lohstraße besudelt. Die nach der Straße zu gelegene Rückseite des Grabmals, an der sich eine kleine Gedenktafel befindet, ist mit einem großen Hakenkreuz in roter Farbe beschmiert worden.

## Keine Streikmehrheit bei der BVG.

Einstimmige Auffassung der Obleute

Gestern wurde bei der BVG die Urabstimmung über das Ergebnis der Verhandlungen vorgenommen, die von den freien Gewerkschaften zwecks Neuabschlusses des Lohnvertrages für die technischen und Verlehrsarbeiter geführt worden sind. Stimmberechtigt waren 21902 Beschäftigte, von denen sich aber nur 18537 an der Abstimmung beteiligten; 3365 oder gut 15 Proz. haben sich demnach nicht an dieser wichtigen Abstimmung beteiligt. Für Streik stimmten 14471 Beschäftigte oder 66 Proz. der Stimmberechtigten, für Annahme des Verhandlungsergebnisses stimmten 3993 Beschäftigte. Ungültig waren 73 Stimmen. Die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ist somit nicht erreicht worden.

\*

Zu diesem Ergebnis der Urabstimmung nahmen gestern Abend die freigewerkschaftlich organisierten Obleute bei der BVG Stellung. Einstimmig waren die Obleute der Auffassung, daß eine Streikmehrheit nach den Gewerkschaftsbedingungen nicht vorliegt.

Die an der Vereinbarung beteiligten Organisationen werden heute zu dem Ergebnis der Abstimmung gleichfalls Stellung nehmen. Die Satzungen der Gewerkschaften schreiben zwingend vor, daß ein Streik nur dann sanktioniert werden kann

wenn mindestens dreiviertel der an dem Konflikt Beteiligten für Streik stimmen.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften ist dadurch gegeben. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Kommunisten und die Nazis, die in ihrer Presse seit Tagen und Wochen zum Streik aufzufordern, sich an die Satzungen der Gewerkschaften nicht halten und die Belegschaft zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern werden. Dadurch wird in die Belegschaft — und das ist ja der Zweck der kommunistisch-nationalsozialistischen Agitation — ein Keil hineingetrieben und Organisierte werden gegen Unorganisierte ausgespielt. Mit den üblichen Methoden wird man versuchen, die Belegschaft, die sich an den Satzungen der Gewerkschaften hält, zur Niederlegung der

Arbeit zu zwingen. Der lachende Dritte wird die Reaktion sein.

Der Konflikt innerhalb der BVG ist durch die bekannten Notverordnungen entstanden, die

die Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter

vorschreibt. Wegen dieser Vorschriften haben die Gewerkschaften sich mit großem Erfolg gewehrt. Es ist ihnen auch gelungen, die buchstäbliche Ausführung dieser Notverordnung zu verhindern. Was jetzt bei der BVG durchgeführt wird, ist in Wirklichkeit die Angleichung der Löhne der Arbeiter der BVG an die Löhne der übrigen Arbeiter der Stadt Berlin.

Ohne weiteres zu verstehen ist der Unmut der Arbeiterschaft gegen die fortgesetzten Lohnabläge. Eine andere Frage aber ist es, ob unter den obwaltenden Umständen diese Angleichung der Löhne der Arbeiter der BVG an die Löhne der übrigen städtischen Arbeiter einen Streik mit allen seinen Konsequenzen in einem öffentlichen Betriebe rechtfertigt

ob unter diesen Umständen ein solcher Streik Aussicht auf Erfolg hat.

Da sich die Mehrheit der Belegschaft der BVG, leider immer noch aus Unorganisierten zusammensetzt, ist das Ergebnis der Abstimmung nicht sonderlich überraschend. Die Gewerkschaften können und dürfen diesen impulsiven Regungen, denen Unorganisierte leicht zugänglich sind, nicht nachgeben. Sie können zugunsten von Unorganisierten nicht von ihren Satzungen abgehen und auch unter dem Beschrei der KGO. und der Nazis dürfen sie sich

den klaren Blick für die Tatsachen nicht trüben lassen.

Aber gerade dieser Zwang der Tatsachen, denen sich die Gewerkschaften nicht entziehen dürfen, ist für Kommunisten und Nazis das Agitationsmittel, um auf die einzuwirken, die eine scheinrevolutionäre Ausrufung brauchen um sich für ihre Drückberger bei der Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten zu rechtfertigen. Im übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen „radikalen“ Stimmgabel abgeben — und danach zu handeln, zum sehr verschiedene Dinge sind,

## Potsdam oder Weimar?

Wir müssen ein Ja finden!

Von Erik Nölting

Am 12. September 1932 hat der Deutsche Reichstag mit 512 bei insgesamt 550 abgegebenen Stimmen, d. h. mit einer Reuzehntel-Mehrheit dem Reichskanzler von Papen Lebewohl zugewinkt und hinzugefügt: auf Rimmerwiedersehen! Eine sensationelle Einmütigkeit, ein Unikum der Parlamentsgeschichte! Ein merkwürdiger Tag, gewiß, dieser 12. September. Aber ein großer Tag war es nicht, denn ihm fehlte der heroische Zug, und was abrollte war nichts als eine Possen. Die Geschichte wird den 12. September 1932 dereinst nur in ihrem Kuriosentabellchen verzeichnen.

In der Wilhelmstraße in Berlin der Herrenklub, doch ihm gegenüber in einigen hundert Meter Abstand der Deutsche Reichstag, eine trotzig Volksburg, eine uneinnehmbare Schanze der Demokratie und der freien Volksrechte. Jogg man drüber das Mottenbanner des Feudalismus auf, hier haucht sich das schwarzrotgoldene Panier stolz flatternd im Wind. Wenn's so gewesen wäre, würde der 12. September ein großer Tag sein, den noch unsere Enkel rühmen würden. Aber vom First des höchsten deutschen Parlaments wehten Hakenkreuz und Sowjetstern. Schwarzrotgold, Symbol einer streitbaren und wehrhaften Demokratie, hing schlaff am Fahnenmast, weil nur eine Minderheit sich unter diesem Banner zusammenscharte.

Der Ruf nach Staatsstreich liegt überall in der Luft, ihm antwortet nicht überall der entschlossene Freiheitsruf der Millionen. Viele antworten vielmehr mit Heilrufen, denen der eine ein „Koslaw“, der andere ein „Hitler“ hinzufügt. Das wird in der Ferne ein verworrenes und unverständliches Stimmengeräusch, das allmählich und immer deutlicher vernehmbar überklungen wird von einem neuen, nur allzu bekannten Ton: dem t a t u t a des Hohenzollernautos.

Wohl 90 von 100 Rednern schließen in diesen Tagen ihr mehr oder minder langatmiges Wahlreferat mit der Forderung: fort mit Papen! Nie ist das deutsche Volk mit einer solchen Einmütigkeit in einen Wahlkampf gezogen. Den uns gegenwärtig beglückenden Reichskanzler zu beseitigen, ist auch der leidenschaftliche Wunsch der Sozialdemokratischen Partei. Aber wir setzen der Forderung, uns von Herrn von Papen zu befreien, noch ein anderes Gebot hinzu, das dem ersten Verlangen allein seinen Sinn verleiht: befreit uns von der Handlungsohnmacht des deutschen Parlamentarismus und entreißt den Deutschen Reichstag der antidemokratischen Mehrheit und der Diktaturspielerei! Sowjetdeutschland bleibt doch nur ein Nebelspuk, eine fruchtlose Träumerei an kommunistischen Kaminen. Auch das Dritte Reich ist nur die Utopie von gestern und der Kagenjammer von morgen. Aber die einen von dem heiligen Kreml, die anderen von Wodans heiligen Eichenbäumen schwachten, bekamen wir die blaublütige Klassendiktatur

## Große Wahlkundgebung

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72  
Redner: Artur Crispian, Tony Sender, Otto Bauer (Wien)  
Kasseneröffnung 17 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf. Die Fahndelelegationen müssen spätestens um 19 Uhr in der Vorhalle des Sportpalastes anwesend sein

des Herrn Papen und seiner Barone mit und ohne Schlot.

Eine Wache rückt erst ab, wenn Ablösung da und eine neue Wachmannschaft aufzu ziehen in der Lage ist. Irgendwie wird ein Volk immer regiert. Verlag: sich der Deutsche Reichstag störrisch dieser ihm in erster Linie zustehenden Aufgabe, so fällt damit die Staatsleitung nicht etwa fort, sie geht nur an andere Organe über. Wenn der Schatten des Reichspräsidenten sich bedrohlich über die deutsche Freiheit lagert, wenn die Bajonette uns beherrschen, wenn die Reaktion uns knechtet und die Bürokratie uns nasführt, die Zuchtlosigkeit und die Willenshohnmacht des deutschen Parlamentarismus tragen allein die Schuld an dieser unheilvollen Entwicklung. Ein Parlament, das würdelos wurde, fand noch immer den Stiefelablag, der es mißhandelte. Eine Demokratie, die sich selber nicht ernst nimmt, hat kein Recht zur Klage, wenn andere sie auch nicht ernst nehmen. Wer die Demokratie zerstört, kann sich nicht beschweren, wenn ein Dritter daraus die antidemokratischen Konsequenzen zieht. Demokratie ist Würde, wir aber lieben Würde und Stolz der Demokratie vor die Hunde gehen.

Am 6. November werden wir noch einmal den Weg zur Wahlurne gehen, den viele von uns allmählich ebenfotig kennen wie den Weg zur Stempelstelle. Noch einmal werden wir in der demokratischen Wahlzelle wählen, dem einzigen letzten Zufluchtsort radikaler menschlicher Gleichheit in der sonst von Unterschieden und Gegenjahren zerrissenen Welt des Kapitalismus. Noch reicht dein Stimmzettel aus, den des Herrn von Papen, meiner den des Herrn Schleicher zu durchkreuzen und aufzuheben. Aber über dieser Wahl liegt ein ungewisses und banges „Noch“. Ruhen wir diesmal wieder nicht die letzte Chance, die uns die Demokratie darbietet, so wird dieser Gang zur Wahlurne zugleich der Todesgang der deutschen Freiheit sein. Zerbricht die Demokratie, so haben wir unseren besten Bundesgenossen matt gesetzt, unser Zahlengewicht, Demokratie gehört letzten Endes immer den stärksten Bataillonen. Solange Demokratie gilt, hat die deutsche Arbeitnehmerschaft begründete Aussicht, daß einmal aus ihrer Zahl eine übermacht, die heute schon besteht, auch politische Macht überlegenheit wird. Fällt die Demokratie, ist dieser Traum für lange ausgeträumt.

Den Reichskanzler von Papen stürzt man nicht durch Diktaturspielerei, er ist allein zu stürzen auf der Ebene des Parlaments. Darum reicht es nicht aus, am 6. November in bezug auf Papen das Nein zu sprechen. Diesem Nein ist eine praktische Wirksamkeit erst dann beizufügen, wenn wir gleichzeitig zur Demokratie ein ungebrochenes und eindeutiges Ja finden. Potsdam, das seinen Kastendübel und seine Trommelwirbel wieder durch Deutschland schicken möchte, ist bei der vorhandenen politischen Machtgruppierung von der Position Moskau her in einer wirksamen Weise nicht zu bekämpfen. Jeder Diktaturanbeter fügt praktisch, auch wenn er selbst es nicht will, mit seiner Wahlstimme nur einen Stein hinzu, der Papens Herrenthron fester untermauert. Wer uns vor Potsdam bewahren will, muß bei der herrschenden Situation eine positive Entscheidung für Weimar finden und der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben!

Ein neuer Bakareller Frieden ist zwischen dem König Carol und seiner verlassen Frau Helena geschlossen worden: sie wird finanziell sichergestellt und darf beliebig oft nach Rumänien kommen.

### 68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

### 722064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD abgegeben. Der

### „Vorwärts“

ist die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin und das Zentralorgan der

### 7953986 Männer und Frauen

die im Reich für die SPD gestimmt haben. Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal und kostet bei freier Zustellung einschließlich

### „Volk und Zeit“

der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck, 75 Pf. pro Woche

# Hitler — Das ist die Reaktion!

## Die reaktionären Arbeiterverräter im Braunhemd

„Gegen Reaktion und Klassenkampf!“ — unter dieser Parole führen die Nationalsozialisten den neuen Wahlkampf. Gegen die Reaktion? Aber das sind sie doch selbst! Sie meinen zwar damit den Kurs von Papen und Bracht, die Barone, die „feinen Leute“, die ihnen gegenwärtig die ausschließliche Ausübung der Regierungsgewalt verweigern. Aber abgesehen von diesem Kampf um die Futterkrippe oder vielmehr um die Quote der Regierungsbeteiligung, gibt es keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Nazis und den Baronen, zwischen Hitler und Papen, zwischen Goebbels und Eugenberg, zwischen Kube und Bracht. Die Nazis sind groß geworden nur durch reaktionäre Parolen und ihre Wählerkraft leht sich größtenteils aus bürgerlichen, arbeitserfeindlichen Schichten zusammen. Anders wäre es auch gar nicht zu erklären, daß Hitler sämtliche bürgerlichen Rechtsparteien verschlungen hatte mit Ausnahme eines schabigen Restes von Deutschnationalen. Die Hakenkreuzler waren die bürgerlich-reaktionäre Partei geworden, in den Städten wie auf dem Lande, und der Gedanke, daß ausgerechnet sie nunmehr den Kampf gegen die Reaktion führen wollen, ist eine groteske Begriffsverwirrung.

Unter Reaktion versteht man gemeinhin die Abwehr gegen alle fortschrittlichen, demokratischen und sozialen Bestrebungen. Die Reaktion ist kapitalistisch, militaristisch, nationalistisch, antisemitisch, arbeitserfeindlich. Welche von diesen Bezeichnungen trifft auf die Hakenkreuzler nicht zu? Wie hätte denn sonst Hitler die Unter-

stützung von Thyssen und Kirdorf, von Lohmann, Epp und Kubi, eines großen Teils der evangelischen Geistlichkeit, unzähliger Großgrundbesitzer und Großbauern und der meisten ehemaligen Freikorpslandsknechte erzielt, als durch ausgesprochen reaktionäre Parolen und Versprechungen?

Man braucht ja nur in den letzten Tagen dieses neuen Wahlkampfes zu beobachten, in welchen Stadtteilen die meisten Hakenkreuzflaggen gezeigt werden: sie hängen größtenteils aus den Wohnungen der Reichs- oder des typischen Kleinbürgerlichen Mittelstandes heraus. Es sind noch wie vor die ehemaligen Wähler der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, die das Hauptkontingent der Anhängerenschaft Hitlers abgeben. Es mag sein, daß diesmal ein Rückstrom aus dem nationalsozialistischen Lager vor allem wieder zu den Deutschnationalen einsetzt, weil die eingestrichelten Reaktionäre in der Regierung Papen eine noch wirksamere Erfüllung ihrer Ideen und Wünsche erblicken als in dem sagenhaften Dritten Reich. Aber an dem Grundcharakter der Nationalsozialisten ändert diese Tatsache einer Wählerverschiebung ebenso wenig, wie der frampfhafte Versuch von Gregor Strauer und Goebbels, ihrer Bewegung einen „proletarischen“ Charakter nachträglich aufzusteampeln.

Nicht weniger sinnlos und widerspruchsvoll ist der zweite Teil der Hakenkreuzlerischen Wahlparole. Mit ihrem ersten Teil „Gegen die Reaktion“ will man die Arbeiter fördern, mit ihrem zweiten Teil

„Gegen den Klassenkampf“ sollen die mittelständlerischen Schichten bei der Stange gehalten werden. Aber gerade in der heutigen Zeit wenden sich die Nationalsozialisten immer mehr an die Besitzlosen in den Großstädten und versuchen, sich als ihre Interessenvertreter aufzuspielen.

Zu diesem Zweck geben sie vor, den Kampf gegen die antisozialen, reaktionären Bestimmungen der letzten Rotorordnungen zu führen, ja sie rühmen sich sogar, daß unter ihrer Führung erfolgreiche Abwehrbewegungen in zahlreichen Betrieben gegen Lohnkürzungen und dergleichen stattfinden. Meist ist das bloße Renommisterei und es handelt sich in Wirklichkeit um freigewerkschaftliche Abwehrkämpfe, die von den nationalsozialistischen Betriebszellen mitgemacht werden, während noch vor wenigen Monaten die Naziarbeiter ausgesprochene Gelbe waren, die als solche von den Unternehmern bevorzugt wurden.

Es bleibe dahingestellt, aus welchen Gründen eine gewisse Schwermut in der Taktik der Hakenkreuzler gegenüber dem Unternehmertum eingetreten ist. Wahrscheinlich haben Strauer und Goebbels erkannt, daß es aus wahltaktischen Gründen zweckmäßig ist, mit der schwierigen Faust zu operieren, weil ihnen sonst die proletarischen Elemente scharenweise davongelaufen wären. Aber gleichviel: von dem Augenblick an, wo die Nationalsozialisten derartige Kämpfe in den Betrieben selbständig führen oder auch nur mitmachen, treiben sie gerade das, was sie zu bekämpfen vorgeben, nämlich den Klassenkampf. Sie sind Klassenkämpfer wider Willen geworden, ohne es zu wissen!

## Außenminister Zaleski gestürzt

### Oberst Beck polnischer Außenminister

#### Eigener Bericht des „Vorwärts“

Warschau, 2. November

Der polnische Außenminister Zaleski ist am Mittwoch zurückgetreten. Seine Nachfolge wird voraussichtlich der bisherige Staatssekretär im Außenministerium, der erst 39jährige Oberst Josef Beck, übernehmen. Wie verlautet, soll Zaleski den Pariser Vorkämpferposten erhalten.

Der Rücktritt Zaleskis ist auf Betreiben des Obersten Beck zurückzuführen, der einer der Pilsudski am nächsten stehenden jüngeren Offiziere ist und der schon seit langer Zeit diesen Posten anstrebt. Zaleski hatte sein Amt seit dem Kolumbuszug im Jahre 1926 bis heute ununterbrochen innegehabt. Innenpolitisch war er ein unbedingter Anhänger der Pilsudski-Diktatur, in seiner außenpolitischen Tätigkeit war er ein Anhänger des Völkerbundes und Vertreter einer durchaus friedlichen Politik, die aus der Erkenntnis erwuchs, daß Polen durch einen Krieg nur zu verlieren, aber nichts zu gewinnen hätte. Der Wechsel im Außenministerium dürfte voraussichtlich keine

Änderung in dem bisher eingehaltenen Kurs mit sich bringen, da auch in außenpolitischen Fragen nur die Entscheidungen Pilsudskis ausschlaggebend sind, als dessen Exekutivorgan Zaleski galt.

### Unruhen in Polnisch-Oberschlesien

Breslau, 2. November.

Schwere Arbeitslosenunruhen ereigneten sich vor dem Gemeindevorstand in Lipine in Ostschlesien. Mehrere hundert Arbeitslose, insbesondere Verheiratete und Familienväter, denen man als Unterstützung für die vergangene Woche ganze 2 Hektar bewilligt hatte, versuchten Bäckereien, Fleischerereien und Kolonialwarenhandlungen zu stürmen. Die Polizei war gegenüber der maßlos erbitterten Menge, aus der heftige Verwünschungen gegen das Pilsudski-Regime laut wurden, zunächst völlig machtlos. Erst nach dem Erscheinen von Polizeiverstärkungen, die aus der Umgegend zusammengezogen worden waren, ergriffen die Demonstranten die Flucht.

## Selbstmord für Junker

### Die Barone unter ostelbischem Druck

Die Junker bestürmen das Kabinett der Barone. Es tut ihnen noch nicht genug für die Ostelbien! Von der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags wird mitgeteilt:

„Unter Führung des Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion Dr. von Winterfeld, waren am Mittwoch die Abgeordneten Schwedt, Vogemann, von Zihewitz, Carlzen und Bork einer Einladung des Reichskanzlers gefolgt.

Die deutschnationalen Abgeordneten trugen dem Reichskanzler nochmals die dringendsten Forderungen zur Sanierung der Landwirtschaft vor. In erster Linie wurde die Forderung aufgestellt, die autonomen Kontingente nunmehr sofort in ausreichender Höhe und unter Einbeziehung aller schubbedürftigen Agrarprodukte durchzuführen.

Der Kanzler sagte zu, daß das Kabinett nach Rückkehr der Kommission aus Dänemark schon am Donnerstag die Kontingentierung, an der unbedingt festgehalten würde, beschließen wolle. Der Reichskanzler wies dabei auf seine früheren Reden hin. Er sagte ferner Maßnahmen zur Kostenlenkung zu.

Wir haben in der Kontingentsfrage schon allerlei erlebt. Wir halten die Vermutung für berechtigt, daß die Information der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags auch der Stimmungsmache für die Wahlen dient. Wenn die Reichsregierung heute wie angekündigt, autonome Kontingente beschließen würde, so wäre das wirtschaftlicher Selbstmord!

Die Frage der Kontingente ist keine Streiffrage mehr; wer heute das Wagnis der autonomen Kontingentspolitik unternimmt, zerbricht bewußt alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Er-

holung Deutschlands. Die Papen-Regierung würde den eigenen Wirtschaftsbelebungsversuchen, deren Erfolgsaussichten an sich schon so gering sind, den letzten Stoß versetzen. Sie würde auch die letzten politischen Reserven, die in diesem Wahlkampf noch für sie mobilisiert werden könnten, mutwillig zerstören.

### Die Kamarilla besteht!

#### Ein geheimer Zehnerrat berät über die Verfassung

Am Dienstag wurde hier ein Schreiben wiedergegeben, das der bekannte Herr von Gleichen am 12. Oktober an einen Freund gerichtet hatte, worin es hieß:

„Inzwischen hat Herr Schotte eingehende Aussprache mit Herrn von Gayl gehabt gerade über die Reichsreformfrage und äußerte sich darüber optimistisch. Insbesondere soll bei Herrn

von Gayl die Absicht bestehen, ein kleines Gremium von höchstens 10 geeigneten Persönlichkeiten zu bilden, wodurch der von mir vorgeschlagene Plan eines größeren Gremiums überholt erscheint.

Dazu meldet jetzt die offizielle informierte III.:

In einem Schreiben des Herrn von Gleichen an eine Persönlichkeit in Ostpreußen war von einem kleinen Gremium die Rede, das den Reichsinnenminister in der Frage der Reichsreform berate. Diese Tatsache wird vom Reichsinnenministerium nicht bestritten. Daß sich der Minister von sachverständigen Persönlichkeiten beraten lasse, sei nichts Neues. Es sei aber völlig gegenstandslos, eine Verbindung mit den Absichten herstellen zu wollen, die irgendwelche anderen Persönlichkeiten gehabt hätten oder haben.

Die Zustände im Heiligen Reich der Barone werden immer grotesker. Durch Zufall liegt uns ein Brief des sehr schreiblustigen Herrn v. Gleichen auf den Tisch, und durch diesen Zufall erfährt die staunende Welt, daß sich irgendwo im Reichsministerium des Innern ein geheime Küche befindet, in der zehn geheime Köche im Frei der Verfassungsreform herumrühren. Hält es der Freiherr von Gayl nicht für notwendig, dem deutschen Volke wenigstens die Namen der zehn geheimnisvollen Männer bekanntzugeben, die es mit einer neuen Verfassung befrachten sollen? Der offizielle Meldung wird beschwichtigend hinzugefügt:

Benor über die Frage der Reichsreform im Reichskabinett endgültig entschieden werde, würden — darauf müsse erneut hingewiesen werden — die Länderregierungen mit der Sache befaßt werden. Erst hiernach werde eine ordentliche Kabinettsberatung hierüber stattfinden. Die Beratungsfunktion des oben genannten Gremiums laufe nebenher.

Es ist sehr gütig von Herrn von Gayl, daß er wenigstens die Länderregierungen unterrichten will. Wir wissen bloß nicht, ob dieses Versprechen jetzt noch gilt, da er ja zu den meisten Länderregierungen einwilligen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Aber ob mit oder ohne Unterrichtung der Länder — „endgültig“ können die Beschlüsse des Kabinetts nur für das Kabinett sein. Wirklich endgültig kann nur das Volk oder die Volksvertretung mit Zweidrittelmehrheit entscheiden. Gegen jeden Versuch, die Produkte der Geheimküche dem Volke auf einem anderen Wege aufzubringen, wäre Widerstand in jeder Form berechtigt und geboten!

# Schafft Munition!

## FÜR DEN WAHLKAMPF!

### Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheck-Konto 14 157 (Adolf Holz), Berlin

# Barone gegen Gemeinden

## Neue Einschränkung der Selbstverwaltung durch Notverordnung

Die beiden neuen Verordnungen der Preußenkommission, über die wir bereits gestern abend kurz berichtet haben, sollen der Sanierung der Gemeindeverhältnisse dienen. Man kann sie nicht isoliert betrachten, sondern muß sie in Beziehung setzen zu jenem aufsehenerregenden Appell des Herrn Dr. Bracht an die Reichsregierung, der dank der intimen Beziehungen der Nazipresse zu haben und allerhöchsten Regierungsstellen vor wenigen Tagen im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht worden ist. Dieser Rotschrei gibt offen zu, was man so gern verheimlicht hätte, daß die Räte der deutschen Städte keineswegs nur auf eigene Schuld zurückzuführen sind, sondern daß die Gewaltpolitik und Einseitigkeit der Reichsregierung die Finanzkrise der Gemeinden und Gemeindeverbände ständig weiter verschärft hat und zur Katastrophe zu treiben droht.

Die „Gemeindefinanzverordnung“, die erste und wichtigste der neuen Bracht-Verordnungen, soll eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherstellen. Der amtliche preußische Kommentar hat hierbei kein Wort übrig für die Notwendigkeit, gerade in schwierigen Zeiten die Selbstverwaltung zu stützen und zu stärken.

Er weiß nur zu reden von der Stärkung der Stellung des Gemeindevorstands, des Oberbürgermeisters, gegenüber der Volkvertretung. Er bewirkt damit den Geist, aus dem heraus die Kommission die Verordnung verfaßt und verstanden wissen wollen.

Eine Verordnung, die zweifellos auch Maßnahmen enthält, die vom Standpunkt der Gemeinden aus als wünschenswert betrachtet werden können und die deshalb auch bereits von der alten Preußenregierung im Zusammenwirken mit dem Städtetag vorbereitet worden waren. Hierzu gehört z. B. die vom Reichstag übernommene Vorschrift, daß Initiativanträge nur zur Erörterung gestellt werden dürfen, wenn ihnen gleichzeitig ein geeigneter und rechtlich zulässiger Dedungsantrag beiliegt. Oder die Vorschrift, daß außerordentliche Ausgaben vor Beschaffung der zu ihrer Dedung bestimmten Einnahmen nicht geleistet werden dürfen. Auch die größere Publizität der Finanzverwaltung, die Offenlegung des Haushaltsplanes, die übrigens *vis-à-vis* bereits vorgeschrieben war, ist zu begrüßen.

Wer die Vollmacht für den Gemeindevorstand, alle Befehle, die Mehrausgaben oder Verminderung von Einnahmen zur Folge haben würden, ohne weiteres zu annullieren, schließt weit über das Ziel hinaus und kann auch in Notzeiten nicht gerechtfertigt werden.

Sie besetzt mit einem Federstrich das Budgetrecht der Stadtverordneten, sie stellt die gesamte Städteordnung auf den Kopf, indem sie den Oberbürgermeister zum Kontrollorgan der Stadtverordneten macht, während doch die Stadtverordneten Kontrollorgan des von ihnen gewählten Magistrats und des Oberbürgermeisters sein sollen. Sie muß zu schwersten Konflikten innerhalb der Selbstverwaltungsgesellschaften führen und kann unverantwortliche Gemeindevorstände zur völligen Ausschaltung aller Selbstverwaltung verführen.

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß mit Reglementieren und Schikanieren, mit einer ständigen Verminderung von Volksrechten die Räte dieser Zeit auch in den Gemeinden nicht gemindert werden können. Gerade das Beispiel Berlins zeigt, daß die lebendigen Kräfte eines demokratischen Gemeinwesens noch immer stark genug sind, aus sich selbst heraus Mißstände zu beseitigen und Schäden abzustellen. So ist z. B. die jetzt als neu betretene Vorschrift für das gemeindliche Rechnungsprüfungsverfahren in Berlin bereits vor einem halben Jahre in einer Vorlage des Magistrats über die Stadtrechnungskammer verwirklicht worden, ohne daß der behördliche Auftrag eines Kommissars dafür vorgelegen hätte. Genau dasselbe gilt von der Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Organisation der städtischen Werke und Betriebe. In der Frage des sogenannten Erlagsbeschluhrs, also der Festsetzung von Haushaltsplänen und sonstigen Dedungsbeschlüssen durch den Oberbürgermeister, bringt die Verordnung nichts Neues. Auch heute schon steht dem Gemeindevorstand das Recht zu, ohne den Appell an die Aufsichtsbehörde selbst einzugreifen, falls eine Stadtverordnetenversammlung die Ausgaben des Haushaltes ungedeckt lassen sollte.

Die zweite Verordnung über die „Aufstellung von Stellenplänen“ dürfte ebenfalls sehr erheblich hinter den Tatsachen einberzinken. Die Gemeinden haben in ihrer Notlage von sich aus schon den Verwaltungsapparat bis auf das äußerste mögliche Maß eingeschränkt oder die Herabsetzung des Personalstandes wenigstens eingeleitet, soweit die Unkündbarkeit der Beamten einer sofortigen Einschränkung entgegenstand. Die Erfahrungen der Städte und der städtischen Beamten in den vielen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde in diese Fragen hineinregierte, sprechen jedenfalls nicht für eine Ausdehnung dieses Rechtes.

Und das Wichtigste zum Schluß: Heberoll dort,

wo Gemeindevertretungen ihre Aufgaben in den letzten Jahren nicht erfüllt haben oder überhaupt arbeitsunfähig geworden sind, sind die Kreise, die den Herren Regierenden von heute ganz besonders nahe stehen, nicht unbeteiligt gewesen. Wie wäre es, Herr von Papen und Herr Dr. Bracht, wenn Sie statt der alleinseitigen Notverordnung einmal einen Appell an Nationalsozialisten, Deutschnationale, Wirtschaftsparteiler usw. erlassen hätten zu verantwortungsbewußter Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde und zur Beendigung der sinnlosen Sabotage und Kur-Opposition, die dem Gedanken der Selbstverwaltung so schweren Schaden zugefügt und ja wohl diese Notverordnung mitgeboren hat?

## Doppelmord in Köln Geldbriefträger und Zimmervermieterin als Opfer

Köln, 2. November.

In einem Hause am Rudolfplatz ist heute nachmittag eine sensationelle Bluttat ausgeübt worden, die nach den polizeilichen Feststellungen bereits in den ersten Vormittagstunden begangen wurde. Gegen 5 Uhr nachmittags fand man in der Wohnung des 61jährigen Fräuleins Ulla Korte sie selbst sowie den 48jährigen Geldzusteller Oberpostkassierer Clemens Körner ermordet auf. Die beiden waren durch Kopfschüsse getötet worden.

Der Tat dringend verdächtig ist ein Mann, welcher sich als Medizinstudent ausgab und sich gestern bei Fräulein Korte als Untermieter einlogierte. Nach bekanntem Rezept hat er sich einen Geldbetrag an die eigene Adresse geschickt und den Zusteller, der ihm heute zwischen 8.15 und 8.30 Uhr die gestern aufgebene Summe in die neue Wohnung brachte, erschossen und beraubt. Ulla Korte, die im Nebenzimmer mit Auf-

## Irregeleitete kommunistische Arbeiter

### Sie wollen Freiheitsfahnen nicht dulden — aber Hakenkreuzlappen!

Hamburg, 2. November.

Die Folgen der kommunistischen Parole „Hauptfeind ist die Sozialdemokratie“ zeigen sich von Tag zu Tag erneut. Am Dienstag meldeten sich in Altona in der Wohnung des Sozialdemokraten Peters, der eine Fahne der Eisernen Front gehabt hatte, drei Kommunisten und forderten ihn auf, die Fahne einzuziehen. Sie bedeuteten ihm, daß in dieser Straße, in der nur Arbeiter wohnten, für eine Fahne der Eisernen Front kein Platz sei. Eher wäre schon eine Hakenkreuzfahne angebracht. Mit der Aufforderung, bis nachmittags um 3 Uhr die Fahne einzuziehen, verließen sie unter Drohungen wieder die Wohnung. Kurze Zeit darauf wiederholte sich der Vorgang in der Wohnung der sozialdemokratischen Funktionärin Behrend.

Inzwischen war die Polizei von diesen unerhörten Anmaßungen der drei Kommunisten verständigt worden, und als sie etwas später mit demselben Anfinnen in der Wohnung des Sozialdemokraten Rückmann erschienen, konnte die Polizei die drei sauberen Gesellen, die sich noch in dem kommunistischen Vokal Brandt mit ihren Taten gebrüht hatten, festnehmen.

## Anruhen in Hamburg

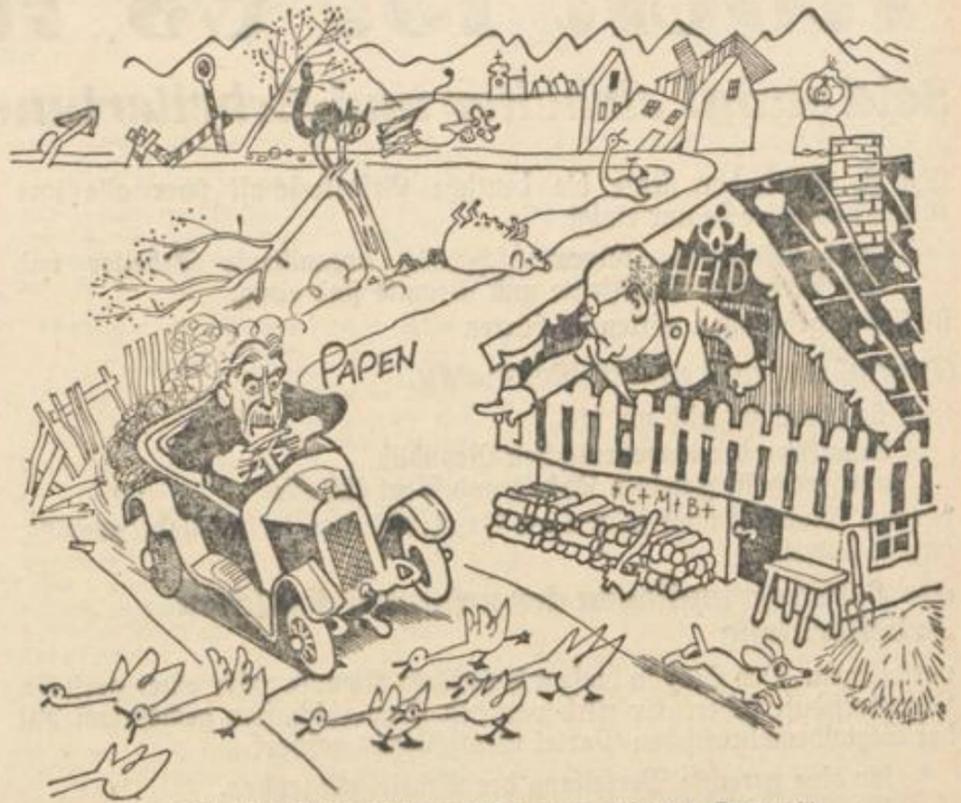
### Schießerei im Gängeviertel

Hamburg, 2. November.

In Hamburg kam es in der inneren Stadt wiederum zu einem blutigen politischen Feuerüberfall und schweren Zusammenstößen. An der Heiligen-Geist-Brücke stießen nationalsozialistische Zettelverteiler mit kommunistischen Trupps zusammen. Dabei wurden von kommunistischer Seite etwa dreißig bis vierzig Schüsse abgegeben, durch die eine große Zahl von Personen getroffen wurden. Außer den Verletzten, haben etwa zwölf Personen, darunter verschiedene unbeteiligte Passanten, erhebliche Verwundungen davongetragen.

Die Polizei hat im Anschluß an die Zusammenstöße eine umfassende Durchsuchung der RPD-Lokale eingeleitet in denen Mitglieder der sogenannten Häuserwehrstaffeln des verbotenen RPD und der Roten Marine zu verhaften pflegen. Die Razzia hat zur Sistierung einer großen Anzahl von Personen geführt. 200 Personen sollen dem Stadthaus zur Vernehmung zugeführt worden sein. Im Stadtteil Hamm kam es inzwischen in

## Länderzwist



„Halt, Sö! Wilde Fahrer dulden wir net bei ins Bayern!“

räumungsarbeiten beschäftigt war, ist dann das zweite Opfer des Verbrechens geworden. Wäher fehlt von dem Täter jede Spur; nicht einmal eine Personenbeschreibung ist vorhanden.

Zuchthausstrafe wegen verurteilter Spionage. Der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte den 35jährigen polnischen Staatsangehörigen, Grenzbeamten Marjan Brozyna aus Krakau, wegen verurteilter Verbrechen gegen § 3 des Spionagegesetzes und wegen Vahvergehens zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und einem Monat unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

## Diplomatenschub

### Ernennungen im Auswärtigen Dienst

Der Reichspräsident hat ernannt: den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, den Vortragenden Legationsrat Dr. Grafen Udelmann von Udelmannsleben zum Generalkonsul in Rattow, den Ministerialdirektor z. D. Dr. Jechlin zum Gesandten in Mexiko, den Gesandten z. D. Dr. h. c. Freitag zum Gesandten in Lissabon, den Gesandten Dr. Schmidt-Eckop-Montevideo zum Gesandten in Rio de Janeiro, den Gesandten von Bülow, Klunz, zum Generalkonsul in Kalkutta, den Gesandten z. D. Weich zum Gesandten in Wfuntion, den Vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad, den bisherigen Untergeneralsekretär des Völkerbundes Freiherrn Dufour-Feronce zum Gesandten in Belgrad, den Gesandtschaftsrat Dr. Viktor zum Gesandten in Quito, den Generalkonsul in Jerusalem Dr. Nord zum Gesandten in Bangkok.

Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Alqa, Dr. Silens, betraut.

## Fahnenräuber schießt!

### Revolverschüsse im Gewerkschaftshaus

Düren, 2. November.

Mittwoch nachmittag ging ein Nationalsozialist in das sozialistische Gewerkschaftshaus in der Eisenbahnstraße, begab sich auf den Boden und schmitt die herabhängende Fahne der Eisernen Front ab. Das Fahnenstück steckte er in seine Aktentasche. Inzwischen hatten sich im Treppenhäus einige Sozialdemokraten angelamelt, die den Nationalsozialisten aufhalten wollten. Als dieser seinen Weg verperst sah, zog er einen Revolver und schob. Dabei verletzte er den Führer einer Hammerschaft durch einen Oberschenkel- und Handhieb. Der Täter flüchtete dann, konnte aber nach kurzer Verfolgung gefasst und der Polizei übergeben werden.

## Madriber Reise beendet

### Nur unpolitische Abkommen

Paris, 2. November.

Am Mittwoch sind in Madrid folgende Abkommen zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet worden: 1. ein Arbeits- und Beistandsabkommen, das die Lage der französischen Arbeiter in Spanien und der spanischen Arbeiter in Frankreich regelt; 2. ein Abkommen über die Sozialversicherung, ähnlich dem deutsch-französischen Abkommen; 3. ein Abkommen über die Behandlung der französischen und spanischen Volontäre, die zu ihrer Berufsausbildung kurze Zeit in Betrieben der beiden Länder tätig sind.

## Gelächter über Oldenburg!

### Nazipräsident setzt deutschnationalen Bürgermeister mit Waffengewalt ab

Cutin, 2. November.

Der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmker, Cutin, hat den Bürgermeister der Stadt Cutin, den Deutschnationalen Dr. Stoffregen, seines Amtes enthoben. Dr. Stoffregen wurde heute nachmittag

durch ein Kommando der Schwartauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt.

Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Angeleglichkeit seines Vorgehens hingewiesen und beim oldenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben. Der Kreisvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse von Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.

Das Ereignis von Cutin bestätigt das berühmte

Wort von Karl Marx, daß alles was sich in der Weltgeschichte als Tragödie abgespielt hat, sich einmal als Farce wiederholt. Der 2. November von Cutin ist das Satyrspiel zu dem 20. Juli von Berlin.

Es ist auch nicht einzusehen, warum man nicht auch in Oldenburg Politik im Stil von Südamerika machen soll, wenn das in Preußen geschieht. Und es ist noch weniger einzusehen, warum für den Deutschnationalen Stoffregen nicht recht sein soll, was für den Sozialdemokraten Severing billig gewesen ist. Warum soll nicht im Heiligen Reich der Barone jedermann, der für den Augenblick über ein Stück „bewaffneter Macht“ verfügt, seinem im Amt befindlichen politischen Gegner auf den Pelz rücken und ihn mit Waffengewalt für abgelegt erklären? Morgen kann ja dann der Abgelegte vielleicht zu denselben Mitteln greifen!

Es wird mit jedem Tage lustiger! Es lebe der grundsätzlich neue Kurs der Staatsführung! Es lebe die autoritäre Regierung und — die Daryburger Front!

# Noch ist es nicht zu spät!

**Seid einig! Arbeiter und Arbeiterinnen! In euren Händen liegt die Macht!**

Am 6. November siegte die deutsche Arbeiterschaft über alle ihre Gegner — wäre sie nur einig!

Fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte sind einig, sie stehen geschlossen mitten im harten

## Kampf um den neuen Reichstag.

weil sie damit zugleich um die

Erhaltung der demokratischen Republik um Freiheit, Frieden, Arbeit und Brot für alle ringen. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften in der Ueberzeugung, daß sie damit

## die Lebensgrundlagen der gesamten deutschen Arbeiterklasse

verteidigen. Der Sieg in diesem heroischen Kampfe wäre einer geeinten Arbeiterschaft sicher. Er wird von den Gewerkschaften gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt

für eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit,  
für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung,  
für die bessere Versorgung der Arbeitslosen,  
für die Beseitigung der egoistischen Profitwirtschaft,  
für die Verwirklichung des Sozialismus.

Der Kampf, den die Gewerkschaften jetzt zu führen haben um Lohn und Brot, um den Wiederaufbau einer zusammengebrochenen Wirtschaft,

## dieser Kampf ist euer Kampf!

Die Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch aus schwerster Unterdrückung und Abhängigkeit herausgeführt und sie zu einer Macht zusammengeschlossen, die heute nicht mehr mit den Mitteln politischer Zwangsmaßnahmen zu überwinden ist.

## Seid euch mit uns dieser Macht bewußt!

Im Kampf um eine bessere Gegenwart und Zukunft ist die unverbrüchliche Solidarität der Arbeiterklasse, der Geist der Kameradschaft erste Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Diesen Geist der Solidarität pflegen die Gewerkschaften, er allein hat der Arbeiterschaft reiche Früchte getragen.

## Nichts ist den Arbeitern umsonst in den Schoß gefallen.

Alles haben die organisierten Arbeiter unter schwersten Opfern böswilligen Gegnern abtrotzen müssen.

Den staatlichen Schutz für Kranke, Invaliden und für Arbeitslose haben sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Galt nicht jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Prämie auf die Faulheit“? Wer ist es, der jetzt wieder die Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt? Wer kürzt alle Renten und Löhne zugleich, wer beseitigt den „Wohlfahrtsstaat“? Es sind dieselben Reaktionäre wie früher, vielfach nur in neuem Gewande! Kommen sie endgültig an die Macht, dann steigt das Elend der Arbeiter weiter an, die Willkürherrschaft in den Betrieben und Verwaltungen feiert neue Triumphe. Deshalb laßt euch nicht durch verlogene Angriffe gegen die Gewerkschaften irre machen.

Noch in den Jahren 1930-1931 standen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 298 gewerkschaftlichen Kämpfen und in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten kam es zum Streik.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 28 Gewerkschaften hatten Ende 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen.

Vor vier Jahrzehnten haben sich die Gewerkschaften zusammengeschlossen und in diesen 40 Jahren haben sie (ohne Inflationsjahre)

vereinnahmt . . . . .	4 575 378 437	Mark
verausgibt . . . . .	3 705 321 447	Mark
davon allein . . . . .	864 650 450	Mark für Streiks,
	251 482 297	Mark für Bildungszwecke

Unzähligen Arbeitern ist in Zeiten der Not, der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität auf diese Weise geholfen worden.

## Der Widerstand der Gewerkschaften

gegen politische Bevormundung und gegen wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter soll gebrochen werden. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl, sich dem wirtschaftlich Stärkeren hilflos anzuliefern und zu unterwerfen.

Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen es den Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere in den öffentlichen Betrieben

und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft bei Strafe sofortiger Entlassung untersagt war, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen.

## Die deutschen Gewerkschaften haben das freie Vereinigungsrecht unter schwereren Opfern für alle ertrözt.

Gestützt auf dieses Recht haben die Gewerkschaften die Wirtschaftslage der Arbeiter in Lohnkämpfen fortgesetzt verbessert. Prüft selbst die Zahlen aus der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverkürzung	
	für Personen	Reichsmark pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	412 331	2,08	183 658	3 3/4
1910	827 627	2,20	344 570	2 1/4
1913	915 972	2,21	324 794	2 1/4
1918	2 064 924	8,82	524 485	4 3/4
1924	3 351 040	3,02	178 634	4 1/4
1928	2 073 164	2,82	856 363	2 1/2
1930	1 475 021	1,72	103 049	2 1/4

Wieviel Arbeiter hatten bis 1918 Anspruch auf Ferien? Bis Ende 1930 war es den Gewerkschaften gelungen, für 9,5 Millionen Arbeiter und Angestellte den Ferienanspruch tariflich zu sichern.

Die Arbeiterschaft begann durch den Zusammenschluß ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Erfolg spricht aus den

## Leistungen der Sozialversicherung (in Millionen Mark):

	1931	1930	1913
Krankenkassen . . . . .	1618	2010	569
Unfallversicherung . . . . .	415	429	227
Invalidenversicherung . . . . .	1522	1475	243
Angestelltenversicherung . . . . .	263	225	15
Knappschaftsversicherung . . . . .	222	240	47
Allu und Kru . . . . .	2318	2144	Nichts
	6358	6492	1101

Die Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden betragen 1930 etwa 3302 Millionen Mark, 1913 nur 58,5 Millionen Mark. Dazu kommen für 1931 an Wohlfahrtszwecken 2000 Millionen, für Kriegsversorgung 1300 Millionen Mark.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeiterschutzes fordern die Gewerkschaften. Allein 1,5 Millionen Unfälle verzeichnet das Jahr 1929, wobei 168 000 Unfälle schwer und 9500 tödlich verliefen. Hier greifen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten ein, sie vertreten durch mehr als 600 Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen kostenlos die Ansprüche aller Mitglieder bis zum Reichsversicherungsamt. Jährlich rollen mehr als 400 000 Prozesse allein vor den Arbeitsgerichten ab, wobei 10 000 ehrenamtliche, von den Gewerkschaften geschulte Arbeitsrichter und Prozeßbevollmächtigte bis zum Reichsarbeitsgericht in Leipzig mitwirken.

## Das alles und noch vielmehr steht für die gesamte Arbeiterklasse auf dem Spiele.

wenn eine autoritäre Regierung weiter in der Macht bleibt und diese Autoritäten, d. h. der Machtwille von den Unternehmern im Betriebe ausgeübt wird. Hunderttausende Betriebsräte hätten ihre Rolle als gesetzliche Anwälte der Belegschaften ausgespielt.

## Nicht RGO. oder Glazibetriebszellen

können helfen, sondern einzig und allein starke Gewerkschaften, die im Reichstag ihre Vertreter finden durch die Sozialdemokratische Partei!

## Diese Hilfe haben die Arbeiter sich selbst geleistet.

Millionen Unorganisierte wissen nichts von dieser gewaltigen Selbsthilfeorganisation der deutschen Arbeiterklasse.

Diese Millionen werden in der gegenwärtig schweren Notzeit zu Totengräbern an ihrer Klasse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet Mitkämpfer!  
Reiht euch ein in die Front der Mitstreiter gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus.

## Starke Gewerkschaften brauchen wir zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.

Nur über Einigkeit und Solidarität führt der Weg zur Freiheit, zu Arbeit und Brot.

**Es gibt nur eine Liste, für die ein politisch unterrichteter Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellter oder Beamter — kämpfen und stimmen kann:**

# Liste 2 Sozialdemokraten!

# Devisenschieber und Geldfälscher

Unerwünschte Gäste aus dem Ausland

Der gestrige Mittwoch hat eine ganz merkwürdige Häufung aller möglichen Devisenschieberprozesse und Geldfälscheraktionen gebracht, in die ebenso auffällig, zum größten Teil Ausländer verwickelt sind, die also die Gaffreundschaft schmählich mißbraucht haben, die sie in Deutschland und in Berlin genießen. Im Mittelpunkt stand der Prozeß gegen die russische Geldfälscherbande, der mit Zuchthausanträgen endete. Als Kuriosum sei erwähnt, daß selbst ein Kraftwagenführer aus Berlin namens Bernato, der mit seinem Wagen bei Schallstadt in Baden verunglückte, sich als ein Ceste erwies, der wegen Devisenschlebung gefaßt wurde.

Die erwähnte russische Geldfälscherbande, über deren Prozeß der „Vorwärts“ berichtete, hatte über den gesamten europäischen Kontinent gefälschte englische 100-Pfund-Noten und 500-Dollar-Noten in Höhe von einer halben Million in den Verkehr gebracht. Der Staatsanwalt mies in seinem Plädoyer darauf hin, daß die Beweisaufnahme, die zu einem großen Teil wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden war, ergeben habe, daß für die Geldfälschungen keine politischen Motive vorhanden seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Kunstmaler Miassojedoff 6 Jahre 2 Monate Zuchthaus, gegen den in Stockholm verhafteten Russen Ramonoff 4 Jahre Zuchthaus, gegen die Helfershelfer, die Russen Reibhoff, Udinzoff, Uraloff und Sandau 2 1/2 bis 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Urteil ist am Donnerstag zu erwarten.

## Spritweber und Genossen

In dem Devisenschlebungsprozesse Sprit-Weber und Genossen wurde von Landgerichtsdirektor Dr. Rosemann das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: der Kaufmann Hermann Weber wegen vorläufigen Devisenvergehens zu 1 Jahr Gefängnis und 8000 M. Geldstrafe, Bankier Markus Freiser wegen vorläufigen Devisenvergehens zu 6 Monaten Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe und ferner wegen jahrelangen Devisenvergehens zu 40 000 M. Geldstrafe, der Holländer Abraham Trompeter wegen vorläufigen Devisenvergehens und Beihilfe zum Devisenvergehen

zu 1 Jahr Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Einige weitere Angeklagte erhielten geringere Gefängnisstrafen. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Dr. Rosemann aus, daß das Gericht aus allgemeinen Erwägungen zu der Überzeugung gekommen sei, daß es sich bei allen Effekten um Auslandsbesitz handelte.

## Effektenverkäufe für Holländer

Wegen vorläufigen Devisenvergehens verurteilte das Schnellschöffengericht den Bankremisier Leopold Jenczo, einen tschechoslowakischen Staatsbürger, zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Jenczo hatte für den Kaufmann Baruch Friedberg in Antwerpen Wertpapiere (Effekten) in Höhe von 18 500 Mark verkauft und den Erlös diesem ausgehändigt. Er behauptete, daß er Friedberg für einen Infanteristen gehalten habe, da Friedberg in Berlin ein Haus besitze.

## Ungarische Fälscher

Vor der Strafkammer des Landgerichts II hatten sich zwei aus Budapest stammende, mehrfach vorbestrafte Angeklagte, der Maler Adolf Pisk und der Elektrotechniker Wilhelm Hofer wegen Fälschung von ungarischen Stempelmarken, die sie in Berlin hatten bestellen lassen, zu verantworten. Die Angeklagten waren eigens zu dem Zweck der Herstellung ungarischer Verkehrssteuermarken nach Berlin gekommen, hatten bei verschiedenen Kunsthandlungen und Druckerien Aufträge in Auftrag gegeben und den Druck von 30 000 Stempelmarken im Werte von 205 000 M. bestellt. Einen Teil der Bestellung hatten sie auch bereits abgenommen, als sie am 5. August verhaftet wurden. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

## Falsche Dinare und Duma-Rubel

Ein internationaler Gauner, der vor geraumer Zeit in Berliner Bankgeschäften erschienen war und jugoslawische 100-Dinar-Noten sowie russische „Duma-Rubel-Noten“ einwechseln ließ, die sämtlich gefälscht waren, ist, wie aus Stuttgart gemeldet wird,

dort verhaftet worden. Der Betrüger, der sich mit einem falschen Paß auswies, ist ein 35 Jahre alter Wordingel Vandsmann. Aus den Aussagen des Betrügers geht hervor, daß er Mitglied einer organisierten Fälscherbande ist, die von einem Pariser Spielfeld aus ihre Fäden durch ganz Europa und insbesondere durch Deutschland zog.

## Chauffeur und 14facher Hausbesitzer

Freiburg (Breisgau), 2. November.

Am Sonntag verunglückte bei Schallstadt (Baden) ein Berliner Personenauto, wobei es drei Schwerverletzte gab, und zwar wurden verletzt der Kraftwagenführer Bernatoff und das Ehepaar Friedland. Bernatoff ist inzwischen gestorben. Zu der Angelegenheit werden jetzt von der Staatsanwaltschaft folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Bei dem inzwischen in der Freiburger Klinik verstorbenen Kraftwagenführer Bernatoff handelt es sich um einen aus Dünaburg gebürtigen eingewanderten Letten, der im Besitze eines lettischen Reisepasses war, in Berlin wohnte und vierzehnfacher Hausbesitzer ist. Gegen Bernatoff ist ein Ermittlungsverfahren der Zollfahndungsstelle Berlin wegen Devisenschlebung anhängig. Die strafrechtliche Seite des Unglücks ist mit dem Tode des Wagenführers Bernatoff erledigt. Die Akten wurden dem Berliner Polizeipräsidium zur Weiterbehandlung übergeben.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist stark bewölkt, mild, etwas Regen, mäßige westliche Winde. — In Deutschland: Im Süden zeitweise aufheiternd, im Norden und Osten meist bewölkt, Wetter mit einzelnen leichten Regenfällen, überall mild.

## Ein Denkmal des alten Alex

Der neue Alexanderplatz wird auch ein Denkmal des alten Alexanderplatzes aufweisen. Professor Scheurich hat in einem 46 Meter langen Wandries im Hauptraum der neuen Achinger-Gaststätte das Gesicht des alten Alexanderplatzes aus den letzten 150 Jahren in originellen Berliner Typen, Mode- und Architekturbildern festgehalten. Ueber ihre Bedeutung für die neuen Achinger-Gaststätten hinaus stellt die Schöpfung Professor Scheurichs zweifellos eine Sehenswürdigkeit dar, die sicherlich von allen Freunden des alten Berlin begrüßt werden wird.

Als Treffpunkt der filmhaltenden Künstler und ihrer Freunde ist loeben im Haus der Scala, Lutherstraße 22/24, unter Mithilfe des Vorstandes der Dachs ein Restaurant „Happy End“ eröffnet worden, das von der lebenswürdigen Wienerin Frau Toni Ott geleitet wird. Frau Ott legt Wert darauf, nicht nur eine gute, sondern auch eine wohlfeile Wiener Küche zu bieten. Am Eröffnungsabend sah man Fritz Kortner, Max Ballenberg, Max Kralbert. Auch die nachbarliche Scala entbande einige Künstler. Das neue Lokal war schon am ersten Abend eingeführt.

Qualitätsunterschiede. Beim Einkauf von Waren und Gebrauchsgegenständen ist meistens die Qualität entscheidend für die Wahl, oder sollte es wenigstens sein. Man weiß doch, daß Ware guter Qualität, obgleich im Preise höher, letzten Endes vorteilhafter ist als solche minderer Qualität. Des-

halb auch die Bevorzugung von Markenwaren, bei denen der Ruf einer Firma für die Güte einsteht. Bei einem heute so wichtigen Bedarfsgegenstand, wie es die Glühlampe, unsere unentbehrliche Lichtspenderin ist, sollte man ganz besonderen Wert auf hohe Qualität legen und deshalb Osram-Lampen kaufen. Der Markenname „Osram“ verbürgt höchst erreichbare Lampenqualität, dank der auf wissenschaftlicher Grundlage fundierten sorgfältigen Herstellung und gewissenhaften Prüfung. Je besser die Glühlampe, desto wirtschaftlicher die Beleuchtung. Die Verwendung von Osram-Lampen bedeutet demnach gutes und billiges Licht. D.

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal wöchentlich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name: .....

Wohnung: .....

## BEITRITTSERKLÄRUNG

An den

Beziehungsverband Berlins der SPD

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

SEKRETARIAT: BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands • Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich:

Eintrittsgeld..... 50 Pf.

Wochenbeiträge monatlich 20 Pf. wöchentlich 10 Pf. .....

Summa..... Pf.

.....den 1932

Vor- und Zuname: .....

geboren am ..... zu .....

Staatsangehörigkeit: .....

Beruf: .....

Bei welcher Gewerkschaft? .....

Wohnung: .....

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postcheckkonto: Berlin Nr. 14 157. Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.

Hierzu 2 Beilagen

## RM. 400.- Bargeld und wertvolle Preise

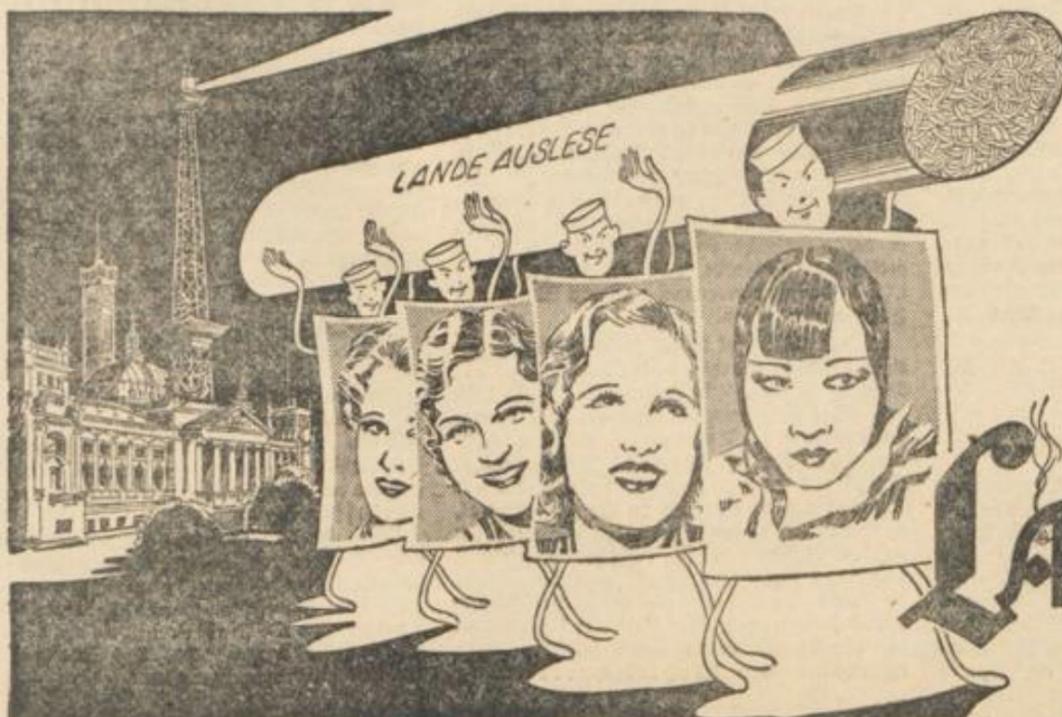
sind für die Leserinnen des „Vorwärts“ durch die Teilnahme an dem Preisausschreiben über den Roman „Gilgi, eine von uns“ zu gewinnen.

Verlangt werden für den Wettbewerb kleine literarische Beiträge, Niederschriften und knappe Skizzen, deren Thema frei gewählt werden kann. Ein Lebensabriß, ein Bürotag, eine besonders typische oder bedeutsame Szene aus Leben und Beruf, und auch Erlebnisse außerhalb des Arbeitsbereichs sollen kurz geschildert werden. Glaubt jemand ein besonders abenteuerliches oder die Not der Zeit kennzeichnendes Lebensschicksal hinter sich zu haben — das gilt besonders für die zahlreichen Opfer der Wirtschaftskrise —, so ist auch dessen Beschreibung willkommen. Die Einsendungen müssen bis zum 1. Dezember 1932 beim Verlag „Vorwärts“, SW 68, Lindenstr. 3, eingegangen und mit dem deutlichen Kennwort „Gilgi“ versehen sein. Neue Abonnentinnen erhalten auf Verlangen kostenlos den Abdruck der Bedingungen für die Beteiligung an dem Wettbewerb.

## Liste der ausgesetzten Preise:

- 1 Barpreis 350 RM.
  - 1 Modernes Original Nora-Radio-Empfangsgerät, Wert 265 RM.
  - 1 Mercedes-Kleinschreibmaschine, Wert 240 RM.
  - 1 Lindcar-Damenfahrrad, Wert 65 RM.
  - 1 Sparbuch der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. mit einer Einlage von 50 RM.
- Ferner zehn Preise im Werte von 5 bis 35 RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“. / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 75 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Vorkosten 2,25 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung- und 75 Pf. Verteilungsgebühren. Auslandsabonnement 5,25 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,00 M. Bei Abfall der Zeitung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigerpreise: Die einzelnste Zeile 10 Pf., Restzeile 1,30 M. „Kleine Anzeigen“ des letzten Monats 30 Pf. Jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen: Millimeterzeile 16 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft. Wochentag: 3. monatlich von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Süssmuth; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsberatung: S. Steiner; Redaktion: Herbert Weipert; Fotos und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Otto Deppert; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Einbrecht, 2.



# Unaufhaltsam erobert sie Berlin!

Die beliebten Atlasstoff-Bilder tragen die „Lande Auslese“ — schon jetzt Berlins beliebteste 4-Pf.-Zigarette — in jedes Haus, denn wir sind überzeugt, dass die prämierte Mischung sich das Herz jedes Berliners erobern muss.

# LANDE AUSLESE

Naturfermentiert

Prachtalben mit 200 Filmstarbiographien zu beziehen durch die Fachgeschäfte.

4 Pf.

# Scherbenhaufen der Wirtschaftspolitik

Macht die Sozialdemokratie stark — Der Export den Junkern geopfert

1925 bis 1929, als es in Deutschland noch demokratische Verhältnisse und eine Parlamentskontrolle gab, konnte die deutsche Industrie mit Hilfe ihrer geschulten Arbeiter trotz aller Löhnerhöhungen an die Spitze aller industriellen Exportländer rücken. Auch noch im ersten Abschnitt der Krise hielt sich die deutsche Ausfuhr viel besser als die Ausfuhr der großen anderen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Seit einem Jahre ist diese Entwicklung jääh abgebrochen: die deutsche Ausfuhr hat sich halbiert und ist auch mengenmäßig um etwa 40 Proz. zurückgegangen.

1929 wurden noch rund 4 Millionen Arbeitnehmer für die Ausfuhr beschäftigt, im vorigen Jahr waren es noch rund 3 Millionen; seitdem hat mehr als eine Million Arbeitnehmer ihre Brot durch Exportrückgang verloren.

Gewiß hat die Verbarrierung der Welt und der Währungsverfall mit den internationalen auch die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten beeinträchtigt. Aber der furchtbare Rückschlag der deutschen Ausfuhr ist durch eine geradezu selbstmörderische Absperrungspolitik Deutschlands mit verschuldet. Mit den uralten Zollschranken für zahlreiche agrarische Produkte begann es, der ungeliebte Butterkrieg folgte, und den Schlachtfeldern — man muß schon fast sagen: den Grabsteinen — legte schließlich die Baronsregierung mit ihren Kontingentierungsankündigungen. Die Herren haben gehorcht die demagogischen Forderungen des Landbundes, d. h. der Junker befolgt und in ganz Europa eine Abwehr- und Bonkottbewegung gegen deutsche Waren und gegen die deutsche Industrie ausgelöst.

Am stärksten ist der Ruf nach

Holland, in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz.

Diese Länder waren in den letzten Jahren die besten Kunden der deutschen Ausfuhr. Auch im Jahre 1931 nahmen diese Länder noch für fast 2 1/2 Milliarden Mark deutsche Waren auf — das waren fast 30 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr —, im ersten Halbjahr 1932 betrug die Gesamtausfuhr nach diesen Ländern noch nicht 1/2 Milliarden und ist seitdem weiter rapide zurückgegangen.

Überall in diesen Ländern sind private oder staatliche Exportmaßnahmen im Gange. Dänemark bewilligt nur noch minimale Belieferungen aus Deutschland. Schweden protegiert die englische Absperrungspolitik zugunsten der Junker hat der englischen Konkurrenz geradezu Zutreibdienste geleistet.

„Aus Deutschland wird keine Schraube mehr bezogen.“

Niemals hätte die Hund- und Kronenwertung Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit so zugunsten Englands verschoben können wie es geschah. Die deutsche Absperrungspolitik zugunsten der Junker hat der englischen Konkurrenz geradezu Zutreibdienste geleistet.

Ein bürgerlicher Nationalökonom hat jüngst gesagt: „Ausfuhr und die Lebenshaltung des deutschen Volkes unvergleichlich stärker herabdrücken als die Verleumdung der Reparationslasten.“

Die wahrheitsgemäße Absperrungspolitik der Baronsregierung, die die Nazis nach ihren Versprechungen noch bis zur völligen Abriegelung ausbauen wollen, hat heute schon furchtbare wirtschaftlichen und politischen Schäden angerichtet; ihre Fortsetzung müßte zur dauernden Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes führen. Das deutsche Volk verteidigt am 6. November nicht bloß seine Freiheit gegen Barons Herrschaft und Faschismus, sondern kämpft auch um Wiedergewinnung von Arbeit und Lebensraum für die deutsche Wirtschaft, für politischen und wirtschaftlichen Frieden mit der Außenwelt.

## Die Papen-Pleite

Sinkende Kreditgewährung

Auch der Reichsbankausweis vom 31. Oktober beweist die Erfolglosigkeit der Papenschen Wirtschaftsanforderung mit Steuererhöhen. Der Monat Oktober bringt alljährlich eine Zunahme der Kreditgewährung der Reichsbank, und zwar aus reinen Saisongründen wegen der Finanzierung des Wintergeschäfts. Papens Wirtschaftsbefehlsgebung hätte, wenn sie erfolgreich wäre, diese natürliche Vermehrung der Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten noch steigern müssen. Die Bilanz der Reichsbank zeigt aber zum 31. Oktober einen neuen Rekordtiefstand der Kreditgewährung.

Die Handelswechsel stiegen um 240,2 auf nur 2857,1 Mill. M.; das sind 134 Mill. M. weniger als Ende September und über 1200 Millionen weniger als Ende Oktober vorigen Jahres. Die Bestände an Reichsbankwechseln vermehrten sich um 16,7 auf 39,5 und die Lombarddarlehen um 112,8 auf 197,8 Millionen oder 45 Millionen weniger als Ende September. Insgesamt ist die Kreditinanspruchnahme Ende Oktober

um 180 Mill. M. geringer als Ende September. Dabei ist der Geldmarkt nach wie vor flüssig; auf Girokonto ergab sich eine Vermehrung um 12,6 auf 389,5 Mill. M. trotz des Ultimos.

Der Notenumlauf ist nach einer Abnahme um 206,1 auf 3620 (Rentenbankausweise sind um 15,2 auf 407,4 Mill. erhöht) ebenfalls rekordmäßig niedrig. In der Devisenbilanz zeigt sich gegen die Vorwoche eine Vermehrung der Goldbestände um 29,5 auf 817,3 und eine Verringerung der deckungsfähigen Devisen um 14,2 auf 123 Millionen, so daß die Bilanz zugunsten der Reichsbank ausgefallen blieb.

Aus der Reichsbankentwicklung ergeben sich zwei Konsequenzen: einmal ist es für eine neue Diskontierung Zeit; zum anderen steht Papens Ankurbelungsleihe fest, und die öffentliche Arbeitsbeschaffung ist der einzige Ausweg, wenn überhaupt die Arbeitslosigkeit durch staatliche Maßnahmen verringert werden soll.

## Weiterer Rückgang der Pleiten

Im Oktober hat sich die seit Monaten stark rückläufige Bewegung der Zusammenbrüche fortgesetzt. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im vergangenen Monat 439 neue Konkurse und 232 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Im vorhergehenden

Monat umfielen die Konkurse 480 und die Vergleichsverfahren 306 Fälle. Wie weit der Reinigungsprozeß in der Wirtschaft — von einigen großen Krisenherden kann man das leider noch nicht sagen — im allgemeinen fortgeschritten ist, beweist, daß im Oktober vergangenen Jahres die Zahl der Konkurse mit 1435 und die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren mit 1110 mehr als dreimal so hoch war wie im Oktober dieses Jahres.

## Reichsbank und Steuergutscheine

Die an den ersten beiden Tagen der Börseneinführung erzielten Kurse für die Steuergutscheine halten sich nach der Ansicht der zuständigen Stellen in dem erwarteten Rahmen. Da es sich bei der Ausgabe dieses neuen Papiers um einen Vorgang ohne Beispiel handelt, ist ein besonderes Konsortium zur Regulierung der Kurse gebildet worden, das aber im Interesse seiner Handlungsfreiheit nicht auf einen bestimmten Stützungsbetrag festgelegt worden ist. Die Reichsbank hat für die Steuergutscheine die Möglichkeiten zur Refinanzierung in ungewöhnlichem Ausmaß vorgezogen. Im Lombardverkehr werden erleichterte Bedingungen für die Steuergutscheine vorgezogen. Insbesondere wird die Reichsbank bereit sein, Wechselmaterial, das mit Steuergutscheinen, und zwar bis zu einem

# Beamte in der Volksfront

Für Freiheit und Demokratie

„Die Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, bringt in ihrer Nummer vom 3. November einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, in dem es heißt:

Soll der „autoritäre Staat“ aufrechterhalten werden? Autoritärer Staat ist weiter nichts als ein neues Wort für den alten Obrigkeitstaat. Der Beamte wird nicht mehr „Diener der Gesamtheit“, sondern Instrument einer Obrigkeit sein, die im Gegensatz zum Volke steht. Er wird keine Freiheit der politischen Gesinnung haben, keine Vereinigungsfreiheit mehr genießen, sondern nur zu gehorchen haben.

Soll Herr von Papen sein „neues Reich“ bauen dürfen?

Das „neue Reich“ wäre nichts anderes als das Ende der demokratischen Republik. Die Staatsgewalt soll nicht mehr vom Volke ausgehen, sondern in Gegensatz zum Volk von einer kleinen Herrenschicht ausgeübt werden. Das gleiche Wahrecht soll verschwinden

und dafür der berufständische Staat errichtet werden, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamte politisch und wirtschaftlich entrechtet sind.

Soll der Weg für Hitlers Drittes Reich geebnet werden?

Das Dritte Reich wäre die Aufrichtung des Faschismus, in dem die Herrschaft einer Partei Staatsgrundgesetz, das Parteibeamtentum Staatspraxis wäre. An Stelle von Recht und Gerechtigkeit würden Gewalt und Willkür treten, der Beamte als Vollstrecker dieses Prinzipiums zum Büttel herabgewürdigt werden.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat in der Verteidigung der Deutschen Republik als in vorderster Linie gestanden. So werden auch am 6. November die freigewerkschaftlichen Beamten, getreu dem Sinne ihres der Republik geleisteten Eides, geschlossen in der Front stehen, um die demokratischen Grundrechte im politischen und gesellschaftlichen Leben gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen.

Tut am 6. November Eure Pflicht!

## Streik der Maßschuhmacher

Abwehr von Lohnkürzung

Der Verein Berliner Maßschuhmachermeister kündigte das bestehende Lohnabkommen zum 31. Oktober mit der Forderung der Reduzierung der Löhne um 15 Proz. Zu der am 11. Oktober angelegten Verhandlung fanden es die Unternehmer nicht mal der Mühe wert, zu erscheinen. Nur die Firma Breitsprecher war als einzige vertreten. Da auch die Arbeiterchaft noch nicht Stellung nehmen konnte, fand lediglich eine unerbittliche Aussprache statt.

Am 12. Oktober fand die Branchenversammlung der Maßschuhmacher statt und beschloß einstimmig, jeden Lohnabbau zurückzuweisen. Dieser Beschluß wurde dem Arbeitgeberverband mit Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt. Bis heute ist eine Antwort nicht eingelaufen. Statt dessen haben die Unternehmer in den letzten Oktobertagen (solange haben sie gebraucht, um sich von ihrem Schreden zu erholen) den Schlichtungsausschuß angerufen, der die Tarifparteien zum 5. November zu Verhandlungen geladen hat.

Inzwischen haben aber die Maßschuhmacher die notwendigen Konsequenzen gezogen und mit überwältigender Mehrheit den Streik beschlossen und sind am 1. November gefolgt in den Streik getreten. Die Maßschuhmacher sind fest entschlossen, den Streik mit aller Schärfe durchzuführen.

## Für Seite 2

Die organisierten Gehörlosen

In einer stark besuchten Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Gehörlosen wurde zu dem Thema „Wer vertritt die Interessen der Gehörlosen?“ Stellung genommen. Der Referent, Genosse Bändl, schilderte, wie unter der Regierung Müller die sozialen Leistungen sowie auch die Löhne gesteigert wurden. Nach dem Sturz dieser Regierung ging es ständig abwärts. Die Löhne sowie auch die sozialen

Leistungen (Arbeitslosenunterstützung) wurden zum größten Teil durch Notverordnungen erheblich gesenkt. Aus all diesen Gründen sei es notwendig, die freien Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratische Partei zu stärken und am Wahltag die Liste 2 zu wählen.

Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall. Mit begeisterten Freizeiterufen wurde die Versammlung geschlossen.

## 6% Jahre Rußland

Vortrag eines Kundigen

„Ist Rußland ein Arbeiterparadies?“, diese Frage behandelte in einer gut besuchten Gruppenversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Berliner Wurstfabriken am Dienstag in den Residenzfestsälen ein Berufscollega, der kürzlich nach 6 1/2-jähriger Tätigkeit als Betriebsleiter einer Wurst- und Fleischwarenfabrik in Kostom in Südrussland zurückgekehrt ist. Der Referent, der als begeisterter Kommunist nach Rußland gegangen war, beschränkte sich in der Hauptsache auf eine Schilderung seiner persönlichen Erlebnisse sowie der Arbeitsverhältnisse in den ihm bekannten russischen Wurst- und Fleischwarenfabriken.

100 bis 150 Rubel ist der Durchschnittsverdienst eines russischen Facharbeiters im Monat, 65 Rubel der des Hilfsarbeiters. Von diesen Monatslöhnen gehen noch die Verbands- und Parteibeiträge sowie die Abzüge für die Staatsanleihe ufm ab. Wenn 1 Kilogramm Wurst 25 Rubel kostet, 1 Kilogramm Butter 12 Rubel und 10 Eier 7 Rubel, kann man sich ungefähr vorstellen, wie elend der russische Arbeiter lebt. Die russische Arbeiterchaft hungert buchstäblich, ebenso auch die russische Jugend, die in den so viel gepriesenen Kinderheimen untergebracht ist. So erklärte dieser Mann, der die Verhältnisse in vielen russischen Orten kennengelernt und die Fleischverteilung

Nennwertbetrags von 95 Proz. gedeckt ist, auch dann hereinzunehmen, wenn das Material den sonstigen Anforderungen der Reichsbank nicht entspricht. Da die Ausgabe von Steuergutscheinen erst seit kurzer Zeit läuft, dürfte der bisher ausgegebene Betrag 30 Millionen noch nicht überschreiten. Die Reichsbank erwartet, daß von den Steuergutscheinen als Kreditinstrument in wachsendem Umlauf Gebrauch gemacht wird.

## Gegenden Kartellwucher

Stabile Papierpreise sind notwendig

Der Verbandstag der papierverarbeitenden Industrie hat in einer erfreulich scharfen Weise gegen die Tendenzen der Rohpapierkartelle, die Preise heraufzujubeln, Stellung genommen. In einer Entschließung heißt es, daß die papierverarbeitende Industrie sich darüber einig ist, daß gegenwärtig eine Stabilisierung der Preise allgemein notwendig sei und insbesondere die rückwärts durch die Konjunktur keineswegs begründete Steigerung der Rohpapierpreise unredlich ist.

Derartige Maßnahmen würden verheerende Wirkung für die verarbeitende Industrie haben, die bei ihrer Inlandslandschaft unter keinen Umständen höhere Preise durchsetzen und noch viel weniger exportieren kann. Ferner wurde das Kartellbumping scharf kritisiert, wodurch deutsches Rohpapier im Ausland erheblich billiger angeboten wird als in Deutschland.

für die Kinderheime und Krankenanstalten zu besorgen hatte. Er hat selbst erlebt, wie die sogenannten Arbeiterdelegationen nur in gut vorbereitete Betriebe geführt und die Vertreter zu dem Sowjets entsprechend den Wünschen der Parteizellen „gewählt“ wurden.

In der Diskussion hatte nur ein einziger der anwesenden Kommunisten den Mut, gegen den Vortragenden aufzutreten und dessen Schilderungen als „Schauermärchen“ hinzustellen. Man blieb diesem jungen Manne die Antwort nicht schuldig. Jedenfalls dürfte dieser von jeder Gehässigkeit freie Vortrag manch einen kommunistischen Versammlungsteilnehmer zum Nachdenken über das angeblich russische Vorbild veranlassen haben.

## Schwerer Konflikt

In der Gasbetriebsgesellschaft

Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft, der früheren englischen Gasanstalt in der Gieshliner Straße, hat einen ersten Konflikt mit ihrer ungefähre 1600 Köpfe zählenden Belegschaft herausbesprochen. In diesem Bereich wird heute und morgen eine Abstimmung über ein Angebot der Direktion durchgeführt, das ganz erhebliche Verschlechterungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält.

Obwohl die Arbeitszeit bereits verkürzt ist und auch die Löhne schon mehrmals abgebaut worden sind, wird von der Direktion abermals eine Arbeitszeiterhöhung um 2 Stunden pro Woche — natürlich ohne Lohnausgleich —, sowie eine neue Herabsetzung der Löhne verlangt, die zusammen mit der beantragten Arbeitszeiterhöhung eine Verdienstminderung um 7 bis 8 Proz. ausmacht. Diese Forderungen haben bei der Belegschaft eine ungeheure Erregung hervorgerufen, die um so mehr berechtigt ist, als bis vor kurzem noch Überstunden verlangt und Arbeiter noch heute an Privatfirmen vergeben werden. Nach den Forderungen der Direktion sind die Löhne der Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft innerhalb eines Jahres um 30 Proz. abgebaut.

Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft hat auch die Absicht, ihre Gasmessfabrik in Mariensfelde stillzulegen oder den Betrieb fast einzuschränken. Die in dieser Fabrik bisher verrichteten Arbeiten sollen von einer Döhlener Fabrik ausgeführt werden. Von einem Unternehmen, das eine solche Monopolstellung hat wie die Gasbetriebsgesellschaft, dürfte man erwarten können, daß sie auf die elementarsten kommunalpolitischen Interessen, insbesondere hinsichtlich der Erreichung von Arbeitsbeschäftigung, nicht und gleichfalls auch auf die Kostfrage ihrer Arbeiterchaft.

## Arbeitsbeschaffung?

Für den Ausbau der Ober- und unterhalb Breslau sind schätzungsweise 1 Million Mark bewilligt jedoch gibt das Reichsfinanzministerium nur 900 000 Mark frei, behält 100 000 Mark zurück. Die Folge ist, daß die bei diesen Bauten beschäftigten Arbeiter entlassen werden.

Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm werden Arbeiten an Unternehmer vergeben, um Arbeitslose einzustellen. Auf der anderen Seite sorgt das Finanzministerium dafür, daß Arbeiter der Wasserbauverwaltung entlassen werden. Das ist Sabotage des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

# SCHICKSAL MASCHINE

8) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Rein, nein“, wiederholte nur immer wieder Weltlin. „Es geht nicht, Crufius, es kann nicht sein, ich kann nicht von dem Manne, der der Freund meiner Frau ist...“

„Wilhelm“, unterbrach der Gast, „weder du noch ich dürfen vergessen, wer wir sind! Kann in diesem Augenblick eine Frau zwischen uns stehen? Ich bin morgen bei dir.“

Wie im Traum begleitete Weltlin seinen Freund zur Haustüre, wie ein Träumender schritt er wieder die Treppen hinan, wie ein Träumender erreichte er wieder sein Zimmer. Mit gewohnten Handgriffen entkleidete er sich, todmüde sank er auf sein Lager. Schon liegend, im Halbschlaf bemerkte er, daß er vergessen hatte den Schalter abzudrehen, das Licht brannte. Er wollte sich erheben, fand aber nicht mehr die Kraft hierzu. Schon im Hinüberfallen ins Dunkle schien es ihm, als ob jemand mit leisen Schritten das Zimmer beträte und das Licht verlösche. Es war Erna.

7.

Unter den Entlassenen der Weltlinschen Fabrik befand sich auch der Arbeiter Wenzel Starke. Als sein Name zum erstenmal auf der Liste der abzubauenden Arbeiter erschien, sagte Weltlin, während er gleichzeitig telephonierte, diktierte, verhandelte, unterschrieb: „Rein, Starke können wir nicht entlassen. Er ist ein braver Arbeiter, wir haben ihn jetzt schon vierzehn Jahre bei uns.“

„Er ist gänzlich überflüssig geworden, wir brauchen keine Gießer mehr“, sagte der Ingenieur Hanau und wollte recht behalten.

„Dann teilen Sie ihn anderwärts ein, aber geben Sie mir diesen Menschen nicht weg.“

Einige Wochen später erschien der Name des Arbeiters Starke wieder auf der Liste der entbehrlichen Kräfte. Im Durchfliegen der Aufstellung stieß Weltlin wieder auf den Namen und er meinte:

„Hanau, was hat Ihnen der Mann getan? Lassen Sie ihn mir doch in Ruhe.“

„Keiner hat mir was getan“, sagte der Ingenieur, „aber bei den Wenigen, die uns bleiben, müssen wir auf Qualität sehen. Für die Unqualifizierten ist überhaupt kein Platz mehr.“

„Der Mann ist doch Gießer.“

„Wir brauchen keine Gießer.“

„Herrgott, Hanau, sind Sie hart! Der Mann ist doch vierzehn Jahre bei mir!“

„Ja, dann nehmen Sie ihn in Ihre Privatdienste, Herr Weltlin. Wenn Sie es anordnen, behalte ich ihn und alle. Aber in Kürze werden wir noch länger dienende Arbeiter weggeben müssen, wir brauchen zu den Wundermaschinen von Crufius nur wenige, aber die von der besten und sorgsamsten Auslese!“

„Und was soll mit all den anderen geschehen, mit den Nichtqualifizierten?“

„Ich fürchte, für die wird bald überhaupt kein Platz mehr sein, nicht bei uns und auch nicht anderswo!“

So blieb der Arbeiter Starke noch eine Zeitlang. Aber als nach einigen Wochen Weltlin verreisen mußte, Ingenieur Hanau und der Prokurist Böhner die Vollmachts-träger waren, ereilte auch Starke sein Schicksal, er wurde gekündigt. Weltlin war in Berlin, er konnte die Liste nicht durchsehen, kein Schupengel waltete über dem Mann und vierzehn Tage später verließ der Arbeiter Wenzel Starke die Räume, in denen er vierzehn Jahre hindurch Tag für Tag hinter der Maschine gestanden hatte.

An einem Samstag Mittag machte er sich also auf den Heimweg. Er hatte seiner Frau nichts gesagt, er wollte sie nicht beunruhigen. Ingeheim wartete er noch auf ein Wunder, er war doch vierzehn Jahre im Betrieb. Aber das Wunder kam nicht. Zu Hause, in der Küche, saßen die Frau, der älteste Sohn, der schon seit Monaten abgebaut und ohne Arbeit war, die Tochter, die keine Beschäftigung fand und der jüngste Sohn, der noch zur Schule ging. Wortlos überreichte der Arbeiter Starke seiner Frau das Lohnkupon wie stets. Die nahm die größeren Geldscheine wahr und sah fragend zu ihrem Manne auf.

„Abgebaut“, sagte der und setzte sich an den Tisch.

„Rein Gott, was wird nun werden?! Du auch?! Was werden wir machen?“

„Noch einer mehr zum Stempelamt“, rief höhnisch der ältere Sohn.

„Ich muß mich halt um neue Arbeit umsehen“, sagte still der Arbeiter Starke.

„Da kannst du lange suchen, Vater“, lachte der Sohn laut auf.

„Ich glaube der Vater träumt“, rief die Tochter. „Wo willst du denn Arbeit finden? Da schau' her! Heut' steht in der Zeitung, daß die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen ist.“

„Jeden Tag steigt sie“, sagte triumphierend der Sohn. „Man wird diesen Kapitalisten allen die Schädel einschlagen müssen!“

„Damit werden wir auch keine Arbeit finden“, meinte ruhig der Alte.

„Natürlich kriegen wir dann Arbeit“, sagte der Junge. „Laß nur einmal zwei Duzend dieser Gauner an die Laternen aufknüpfen und du wirst sehen, wie auf einmal für uns alle reichlich Arbeit da sein wird.“

„Ihr seid alle Narren!“, versetzte der Vater. „Werdet schon sehen, wohin solche Reden führen. Ins Zuchthaus! Ich bin dreißig Jahre in der Organisation, die muß schon Arbeit für mich finden.“

Die Kinder lachten auf, aber Starke sah nur die weinende, sich sorgende Frau.

„Ach was, für den, der arbeiten will, findet sich immer ein Platz!“

Und wieder lachten die Kinder, sie stießen sich an und verließen den Raum.

Beim Küchenherd saß die weinende Frau, beim Tisch der Mann. Mühsig sah er da, die Hände im Schoß. Er blickte zur Decke, der

Arbeiter Wenzel Starke. Dort saß, obgleich es mitten im Winter war, eine Fliege. Sie war übernatürlich groß, unmäßig dick, aufgebläht und sehr schmutzig.

Der Mensch ist ein Gefäß.

1.

In seinem Privatkontor saß Wilhelm Weltlin und diktierte seiner Sekretärin; das Telefon stand nicht still, Boten brachten neue Stöße eingelaufener Post, jeden Augenblick betraten Angestellte mit Meldungen den Raum. Weltlins Freude an dem Chaos war augenscheinlich er unterbrach eine telephonisches Gespräch, um einen angefangenen Brief weiter zu diktieren, er unterbrach den Brief, um zu den Zeichnern zu treten und mit ihnen zu sprechen, er unterbrach das Gespräch, um seinen Prokuristen zu rufen, er ließ den Prokuristen stehen, um nach dem Ingenieur zu läuten, und als dieser erklarierte, ließ er alle zurück und ging mit ihm in die Fabrik-räumlichkeiten. (Fortsetzung folgt.)

## Was gibt es Neues?

Ein Blick in die Forschung

Sicher leben wir in einer wenig stabilen Zeit. Aber wie kann man sich darüber wundern, da der Planet, auf dem augenblicklich alles durch einander geht, sich selbst höchst instabil benimmt. Was wir auf der Erde von den ehernen Gesteinen oder den gleichmäßigen Bahnen der Gestirne lernen, stimmt gar nicht. Und ohne die guten Seiten der Mutter Erde anzuzweifeln, sie verhält sich ganz wie eine launenhafte Dame. Nicht genug, daß sie über Nacht Vulkanen explodieren läßt, ganze Landschaften durch Erdschütterungen verwüstet, sie scheint auch in ihren Bewegungen wenig korrekt. Beide, die um sich selbst und die um die Sonne, verlaufen nicht gleichmäßig, wie es sich gehört, sondern in Schüben und Rucken.

Aus dieser noch wenig erforschten Tatsache zieht Dr. Fritz Dahms in seiner Schrift: „Die kosmische Urtage der Lebensentwicklung“ (Doms-Verlag) bemerkenswerte Schlüsse. Obwohl die Differenzen in der Erdbewegung äußerst minimale sind, genügen sie, die Gestalt der Erde, ihre geologische Schichtung, wie auch die Formenbildung und den Ablauf des Lebens entscheidend zu beeinflussen. Ein Beweis dafür ist unter anderem der spiralförmige Aufbau der Pflanzen, mit dem sich bereits Goethe beschäftigt hat. Die Pflanze richtet ihre Spitze gegen den Mittelpunkt der Erde, aber die Erdbewegung überträgt sich auf die schraubenspiralig wachsende Wurzel. Ferner werden die Schwankungen der Körpertemperatur, der Pulschläge, der Wetterverhältnisse mit den Unregelmäßigkeiten der Erdbewegung in Verbindung gebracht. Vor allem aber hinterläßt die wechselnde Rotationsgeschwindigkeit des Erdballs ihr geologisches Andenken. Dr. Dahms erinnert an die Schichtung der Erdkruste, daß die Unregelmäßigkeiten der Erdbewegung zugeordnet haben und daß dreimal in kürzer werdenden Abständen eine plötzliche größere Veränderung der Erdbewegung stattfand. Hier warten noch Berge von Problemen auf ihre Lösung. Als gesicherter Tatbestand gilt aber: jede kosmische Veränderung bildet eine Störungsquelle irdischer Vorgänge! Was aber, es kann nicht laut genug gesagt werden, nichts mit Astrologie zu tun hat!

In dieses Kapitel gehört auch die jetzt so aktuelle Kontinentalverschiebung. Das Gesicht des Erdballes verändert sich mit der Bangsamkeit der geologischen Uhr zwar ständig, aber nicht gleichmäßig. Amerika soll in den letzten zehn Jahren um nicht weniger als 500 Meter westwärts gewandert sein und die Amerikaner können sich ausrechnen, wann die Kanonen Japans bis nach San Francisco reichen werden. Aber die Sorge ist überflüssig. Denn auch hier sind unbekannt Rhythmen am Werk, die jeden gleichmäßigen Verlauf immer wieder stören und die Festländer wie Schachfiguren hin- und herschieben. Eine Berechnung, wie in einer Million Jahre der Erdballes aussehen wird, ist genau so unmöglich wie die Angabe, welche Nummer das große Los ziehen wird.

Nach einer neuen Theorie von Prof. Holmes (Durham Universität) schwimmen die Kontinente wie Schaumkloden auf der Oberfläche einer kochenden Suppe. Alle Veränderungen der Erdkruste entstehen durch einen Stromumlaut: das Kochende steigt nach oben und das Abgekühlte senkt sich, allerdings nicht in Stunden, sondern in Jahrtausenden. Die 50 Kilometer dicke Basaltschicht, die auch den Boden aller Ozeane bildet, ist der zähflüssige Mantel über dem kochenden Kessel. Es gibt also nichts, was festgemauert in der Erde, alles bewegt sich, alles dreht sich — mir in einem Suppentopf.

Interessante Einzelheiten über die Schrumpfung des Erdballes veröffentlicht Professor Jäncke (Heidelberg). Das Antlitz der Erde schrumpft nicht wie etwa die Gesichtshaut eines alternden Menschen, sondern dieser Prozeß findet in den erkaltenden Zwischenschichten statt, oder genauer: an der Grenze fest-flüssig, ungefähr in einer Tiefe von 100 Kilometer. Durch diese Wärmeabgabe und langsame Erstarrung wird die Erde jährlich um 0,08 Millimeter kleiner. Seit Cäsars Zeiten ist also der Erdradius um 10 Zentimeter kürzer geworden. An Erdbinhalt ergibt die Schrumpfung einen jährlichen Verlust von dreißig Kubikkilometer. Gewiß eine gewaltige Zahl, aber gemessen am Inhalt der Erdkruste von mehr als einer Billion Kubikkilometer nur eine Handvoll Erde.

Wie auf unserem Planeten das einzige Beständige der Wechsel ist, so verhält es sich auch mit den Theorien, die sich der Mensch über die Rätsel der Natur bildet. Wir lernen täglich um und zu, aber um die Wahrheit zu finden, reicht das Menschenleben nicht aus.

So bleibt Altern und Tod das Problem der Probleme. Warum altern Organismen eigentlich, fragte kürzlich Dr. Hämmerling (Kaiser-Wilhelm-Institut) in einem Vortrag. Jeder weiß, daß sich bestimmte Zellarten unendlich lange weiter züchten lassen. So werden Zellen aus dem Herzen eines Huhnes bereits 22 Jahre lang am Leben gehalten — ohne die geringste Alterserscheinung. Den Einzeller Eudrina züchtet man seit 1915 in der 7000sten Generation — ohne jede Zeile. Die Biologie sagt daher: Altern und Tod sind für die Einzeller keine notwendigen Einrichtungen. Sie kennen nicht den natürlichen Rot, sondern gehen durch ungünstige Lebensbedingungen zugrunde.

Der Mensch kennt leider beides. Er besitzt zwar auch unsterbliche Zellen, die Keimzellen, aber kein Organismus altert und stirbt. Dr. Hämmerling ist der Auffassung, daß in dem hochdifferenzierten Gebilde eines Vielzelllers die Einzelzelle nicht unter den notwendigen günstigen Bedingungen steht. Im Gegenteil: die schädlichen Endprodukte des Stoffwechsels werden ungenügend nach außen transportiert. Dadurch bilden sich Schlacken, die schädigend wirken und endlich den ganzen Organismus in Mitleidenschaft ziehen: Der Stoffwechsel, Atem und Nahrung, die unseren Körper aufbauen, vernichten ihn gleichzeitig! Eine tragische Situation, und mancher bedauert vielleicht, daß er nicht als Einzeller auf die Welt kam. Gog.

## Armer Bibi!

Zeitgemäße Betrachtung / Von Erna Biljing

Bibi lebt nur seinen Neigungen, das heißt, er frisst undauerdend. Bibi ist der dicke Hund eines dicken Ehepaars, das andauernd frisst, dabei aber in auskömmlichen Verhältnissen lebt. Gemeinsam frisst sie drei Fettklumpen in merkwürdiger, hungriger Zeit.

Ich beschäufte mich recht eingehend und liebevoll mit Bibi. Er gehört nämlich zu den hohen Unbegreiflichkeiten in meinem Leben. Oft denke ich: Bibi, mancher Wursttypus, den du über deinen Appetit frisst, würde einem hungrigen Kinde befremdlicher sein als dir. Sonderbar, deine Bauchwände sind die allerhöchsten Spritzleiten, dein Rückenfell ist in seiner Wirkung auf die hungrige Menschenwelt nahezu aufreizend, und doch bist du im Sönnenglanze der Vollgefressenheit, die dir selber höchst ungesund ist, eine Schattenfeste unserer sozialen Zustände.

Bibi frisst Tag für Tag auf der mit Sägemehl bestreuten, leicht schlüpfrigen Schwelle eines Schlächterladens. Er wird dort geduldet, denn seine Besitzer sind Stammkunden, und zwar die besten. Da aber, laut Plakat, das Mitbringen von Hunden polizeilich verboten ist, treiben sich Bibis Artgenossen vor der Tür herum. Schnüffelnd, hungerjähnelnd, beinhebend. Für tausend solcher Dinge haben sie Interesse. Durchwählen den Urnat, weil ihre Vorfahren vor Hunderten von Jahren, wenn sie auf weiten Steppen ihre Beute erbeutet hatten, Vorrat verscharren für lange Tage. Einigen von ihnen brennt der Hunger in den Gedärmen. Lust zur Selbsterhaltung verspüren sie, doch auch den Trieb zur Freundschaft und zum Zusammenhalt mit anderen Hunden und ein klein wenig Sehnsucht nach Freiheit rinnt noch durch ihr Blut. Bibi handelt mit niemandem an, aus Sattsein heraus. Er ist so vollgetrieben und gehirnt, daß er der Welt auch nicht einen neuen Gesichtspunkt abgeminnen kann. Er weiß weder etwas vom Daseinstampf, noch von

Freiheitsgedanken, auch hat er nicht das geringste Gefühl für seinesgleichen. Er ist ein Praffer, ein mitgeschleppter Kostgänger. Und ich liebe mir Bibi an und seufze tief und jage: „Wie hat unser Zeitalter auf dich abgefärbt, armer Bibi, du bist schon ganz kapitalistisch geworden.“

Doch die folgerichtige Entwicklung des Kapitalismus und die höchste Blüte der Fortkommenheit ist der Jähmensch. Bislang dachte ich immer Bibi vor dessen Eigenschaften bewahrt. Aber heute morgen kam die Enttäuschung. Bibis Nachbar ist ein dürre Schäferhund. Der gehört einem kleinen Friseur, der jeden Morgen mit Lippenpomade seiner Schaufensterpuppe die Wangen rot färbt. Sein Gesicht geht schlecht und die so liebevoll behandelte wäckerne Dame ist die einzige, der er etwas anheimern kann. Der bewußte Schäferhund trägt seine Rute stets eingeklemmt und seine Augen sind immer demütig, wie man das bei vielerprügelten Hunden findet. Wenn er auf die Straße tritt, so scheint er vorerst um Entschuldigung für seine Existenz zu bitten. Er ist wirklich bescheiden. Doch heute durchbeißte die Sehnsucht seinen Körper, und die Bier jünger gelb in seinen Augen auf. Vor dem Schlächterladen hatte er nämlich einen fleischlosen Röhrenknochen entdeckt, und nun wußte er, was Hunger war. Das sah Bibi. Ich dachte, er wird ihm den Knochen lassen. Aber Bibi, der infolge seines Fettanlages jedem Kampf aus dem Wege geht, streift auch diesmal nicht, doch legte er sich kurzerhand auf den Knochen. Und der so oft weggestohene Schäferhund ließ Ohren und Maulwinkel hängen, murmelte noch nicht einmal und schlich davon.

Ich jedoch weiß jetzt, Bibi, deine nicht so zeitgemäßen Artgenossen lassen abgenagte Röhrenknochen neidlos anderen, armer Bibi, du aber bist fleischerne Jetztzeit; denn du bist schon ganz unheimlich geworden.

# Werkfätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

## **GESAMTVERBAND**

**der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe  
und des Personen- und Warenverkehrs**

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

**Wir zahlten 1931 über 12 Millionen  
Mark an Gesamtunterstützungen**

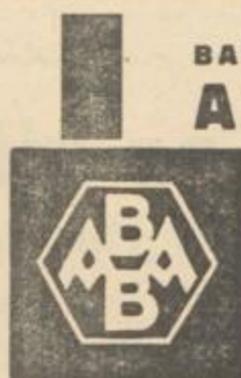
**Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin**  
N 24, Johannisstraße 14-15 . Sammelruf: D1 Norden 6361

## **TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!**

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure,  
Techniker, Kunstgewerber

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der **freien Gewerkschaft aller Techniker**, dem

**Bund der technischen Angestellten und Beamten**  
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7



## **BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER**

IST DIE

**BANK  
DER ARBEITER,  
ANGESTELLTEN  
UND BEAMTEN,  
BERLIN**

**Zentrale: S 14,**  
Märkisches Ufer 32  
Wallstraße 62, 63  
**Depositenkasse:**  
SW 68, Lindenstraße 3



## **Im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands**

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, zusammengeschlossen, weil sie wissen, daß nur diese Organisation ihre Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

## **Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes**

eines jeden Eisenbahners und um die sozialen Einrichtungen. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

# **Einheitsorganisation der Eisenbahner**